

# Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.  
 Postcheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262  
 Postcheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer  
 Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148  
 Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend  
 Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt  
 Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

## Arbeit schaffen und Brot!

F. K. Das deutsche Arbeitslosenheer hat sich wiederum um 75 000 vermehrt. Es zählt jetzt über sechs Millionen Köpfe. Und nichts, gar nichts ist zu sehen, was auf seine Verminderung schließen ließe.

Sechs Millionen Bürger ohne Arbeit und Verdienst heißt nichts Geringeres, als daß ein Drittel des Volkes dazu verdammt ist, von den Brosamen zu leben, die die öffentliche Hand, die immer barscher und knochiger gewordene, gewährt. Um die Entsetzlichkeit dieser Tatsache zu ermessen, reicht die Vorstellungskraft nicht aus. Diese Tragödie ist zu gewaltig, als daß man sich ihr entziehen könnte. Auf dem Land wie in den Städten, in allen Gassen hat sich das menschliche Elend himmelhoch gehäuft. Auf unzähligen Gesichtern sind die Zeichen der Verzweiflung zu finden. Und aus Millionen Kehlen kommt immerfort die wirsche Frage: Wie lange soll das noch dauern? Warum wird nichts gegen die Arbeitslosigkeit getan?

Diese Frage liegt in den Versammlungen auf aller Lippen. Sie wird jetzt, wie von selbst, der Gegenstand eines jeden Gesprächs. Sie klingt wider in Tausenden von Schreiben und Aufsätzen der Zeitungen. Immer und überall die bange Frage: Warum?

Bei der Suche nach der Antwort wird einem erst eigentlich die ganze Größe unserer politischen Misere offenbar. Diese Misere kann selbst den Beherztesten entmutigen und den Hoffnungsfreudigsten in ganz verzweifelte Stimmung bringen.

In einem demokratischen Staate ist, so müßte man annehmen, zunächst und vor allem die Volksvertretung berufen und verpflichtet, einem landweiten Übel, der Arbeitslosigkeit, zu Leibe zu gehen. In einer beispiellosen schweren Zeit, wo ein Drittel des Volkes nach Brot ruft, wo eine Krise die andere jagt, wo eine Anzahl großer Reformen nach Erledigung schreien, müßte die Volksvertretung in Permanenz tagen. Statt dessen kommt sie nur noch alle halbe Jahre mal zusammen, um sich gleich wieder zu vertagen. Ein Teil dieser unnachahmbaren Volksvertretung will nur noch zusammenkommen, um ihr vollends den Garaus zu machen, der andere Teil will möglichst wenig zusammenkommen, damit ihr der Garaus nicht vollends gemacht werden kann. Die Folge dieser lieblichen Meinungsverschiedenheit des Hohen Hauses ist, daß ihm praktisch der Garaus gemacht ist. Die Volksvertretung ist ausgeschaltet, an ihrer Stelle waltet die Bürokratie. Wie sie das tut, ist in jeder Notverordnung nachzulesen. Sie will das große Übel dieser Zeit mit weißer Salbe heilen oder mit Giftpflastern. Sie versucht, den auf den Tod kranken Kapitalismus dadurch gesund und stark zu erhalten, daß sie die Masse der Verbraucher, ohne die er nicht bestehen kann, ebenfalls krank und schwach macht. Wie weit ihr das gelungen ist, lehrt die Statistik der Betriebsstillegungen, der Bankrotte und der Arbeitslosigkeit. Trotz alledem wird die Bürokratie mit ihrem Tun fortfahren. Sie weiß es nicht anders, die Bürokratie.

Und dann die Unternehmer. Man sollte meinen, daß doch auch sie mit aller Tatkraft trachten müßten, daß der wirtschaftliche Niedergang aufgehalten und in sein Gegenteil verkehrt würde. Allein, wenn die Unternehmer imstande wären, etwas gegen die Wirtschaftsnot zu tun, so hätten sie sie ja nicht so schlimm werden zu lassen brauchen. Die deutschen Unternehmer sind ja nicht einmal fähig, ihre Betriebe in Gang zu halten, geschweige die Krankheit ihres Systems zu heilen. Gerade sie ermutigen die Bürokratie zu ihrem unheilvollen Tun; gerade sie schreien wie besessen nach Lohnabbau, Subventionen und Zöllen, kurz, sie fordern von den Arbeitern und Verbrauchern, daß diese das gut machen, was sie, die Unternehmer, verdorben haben. Und da es mit dieser Art von Gutmachung, mit der Tributleistung der unteren Schichten für die geistig wie wirtschaftlich bankrotte Kapitalistenklasse nicht in alle Ewigkeit fortgehen kann, hat sie sich den faschistischen Säbel angeschafft, damit dieser für die weitere Leistung des Tributes Sorge.

Und schließlich die geistige Oberschicht, die Volkswirtschaftler und Schriftgelehrten? Diese hochgelahrten Herren waren lange der Meinung, daß man gar nichts gegen das furchtbare Übel zu unternehmen brauche, der „Automatismus“ der kapitalistischen Wirtschaft werde es, wie sonst auch, ganz von selbst heilen. Sie behaupteten steif und fest, die kapitalistische Entwicklung werde selbst alles wieder zum Guten wickeln. Nur ganz allmählich hat es ihnen zu dämmern begonnen, daß die gegenwärtige Krise mit den früheren gar nicht zu vergleichen ist, weil diese Krise nicht mehr nur eine teilweise, sondern eine vollkommene ist, weil sie Landwirtschaft und Industrie, die alten Industriestaaten wie die jungen gleichmäßig und gleichstark erfaßt. Aber bei so gewissenhaften Herren braucht die Verdichtung von Erkenntnissen zu praktischen Vorschlägen geraume Zeit. Inzwischen bekommt die Wirtschaftsnot katastrophale Schärfe, hungern immer mehr Millionen Menschen.

Doch mit alledem ist noch nicht alles über das Tun und Unterlassen der Volksvertretung, der Bürokratie, der Unternehmer und der Gelehrtenwelt in Sachen des großen Übels gesagt. In dem Tun und Unterlassen dieser Kreise drückt sich in starkem Maße die begreifliche Scheu gegenüber dem neuen Problem sondergleichen aus, das die kapitalistische Wirtschaft erzeugt: Die Zeit, wo die Entfaltung der Produktionskräfte die Fesseln des kapitalistischen Systems sprengt, ist da. Die Sprengung bedeutet nichts weniger als den Untergang der Kapitalistenklasse. Dagegen wehrt sie sich mit Klauen und Zähnen, dagegen macht sie ihre politischen Agenturen mobil, dagegen versucht sie sich durch Lohnabbau, Subventionen und Zollwucher zu schützen, und davor soll sie der faschistische Degen bewahren. Es werden noch allerhand Sälbchen, Halbheiten und Zwischenlösungen, wie Nötstandsarbeiten, freiwilliger Arbeitsdienst, gegenseitige Arbeitsbeschaffung der Erwerbslosen und ähnliches gepriesen. Solche Maßnahmen mögen den davon Betroffenen eine gewisse Linderung verschaffen, können auch ihre seelischen Nöte mildern, und sie dürfen daher nicht kurzerhand abgelehnt werden. Aber das eine können sie nicht: sie können nicht das große Übel heilen. Denn dazu bedarf es ganz anderer Maßnahmen, Maßnahmen, die der kapitalistischen Wirtschaft an den Lebensnerv greifen.

Aber sechs Millionen Menschen heischen laut Arbeit und Brot; ein Drittel des deutschen Volkes hungert! Ihre furchtbare Not verlangt Milderung, ihre Forderung Erfüllung. Dem können nur die Gewerkschaften und ihre politische Vertretung gerecht werden. Alles, was im letzten halben Jahrhundert an politischem und sozialem Fortschritt erreicht worden ist, ist den sozialistischen Gewerkschaften und ihrer Partei zu verdanken. Und was weiter an Fortschritt geschieht, werden sie beide ebenfalls erringen müssen. Darüber kann nicht der geringste Zweifel bestehen, und dessen ist man sich auch in der sozialistischen Bewegung von oben bis unten bewußt.

Diesem Bewußtsein sind Anläufe zur Beschaffung von Arbeit und Brot entsprungen. Die Genossen Tarnow und Woytinski haben für Arbeitsbeschaffung einen Entwurf ausgearbeitet, vom AfA-Bund wird dasselbe angekündigt, und es steht zu erwarten, daß sich allernächstens die obersten Stellen des ADGB nun mit den Plänen eingehend beschäftigen und ihnen, wenn das nötig sein sollte, praktische Form geben werden. Wir werden uns hier ebenfalls ausführlich damit zu beschäftigen und alle Kräfte dafür mobil zu machen haben, damit endlich und wirklich etwas für die Milderung des großen Übels getan wird.

Es muß damit endlich ernstlich begonnen werden. Es muß den nach Hilfe sehnsüchtig ausschauenden Arbeitslosen deutlich gezeigt werden, daß von den Gewerkschaften alles unternommen wird, ihre entsetzliche Drangsal zu verringern.

## Der Bürokrat verschlimmert die Not!

Die Beamten an den Schaltern der Arbeits- und Wohlfahrtsämter haben keinen leichten Dienst. Seit Jahr und Tag erfahren sie die Not und das Elend der Menschen, die durch eine anarchische Wirtschaftsordnung um Lohn und Brot kamen und nun auf die Hilfe des Staates angewiesen sind. Aus hilflosen Stammeln und erregten Worten, aus trotzigen Gebärden und zermürbten Tränen spricht menschliches Schicksal zu ihnen. Zermürbte Menschen glauben in den Arbeits- und Wohlfahrtsämtern das Forum zu finden, vor dem sie ihre Anklagen gegen Staat und Wirtschaft in Gefühlsausbrüchen offenbaren können. Sie erkennen nicht, daß der Kapitalismus ihr Elend verschuldet, und daß es nur eine Möglichkeit gibt, ein besseres Dasein zu erkämpfen: sich einzureihen in die Armee der Proletarier, die für den Sozialismus streitet.

Die mißliche Lage der brotlosen Menschen läßt verlangen, daß die Beamten den Unterstützungsempfängern gegenüber psychologisches Verständnis und vor allem Geduld und Nachsicht beweisen müssen. Der Mensch im Elend spricht anders, fühlt anders, als der Glückliche, der seine Existenz nicht auf karge Unterstützung aufbauen muß. Die Beamten und Angestellten sind nur dann richtig am Platze, wenn sie sich täglich in der Kunst der Menschenbehandlung üben und immer daran denken, daß sie es mit hilfsbedürftigen Menschen und nicht mit Sachen zu tun haben.

Wenn immer wieder Klagen laut werden und sich Entrüstung äußert gegen die Beamten und Angestellten an den Arbeits- und Fürsorgeämtern, dann zuweilen aus dem Grunde, weil manche abgestumpft wurden gegen das Elend, das sie seit Jahren miterleben, und eine Gleichgültigkeit an den Tag legen, die den verzweifelten Unterstützungsempfänger in Zorn und Raserei treibt. Und es gibt Schalterbeamte ohne Herz, die nicht mitempfanden; die auf Fragen nicht freundlich und verständnisvoll entgegenkommen. Sie spüren anscheinend nicht die Tragik menschlichen Schicksals, die oft in ihnen unverständige und zwecklose Fragen mündet; sie vergessen, daß ihnen nicht nur ein Amt übertragen worden ist,

sondern daß sie eine ernste Verantwortung gegenüber den Unterstützungsempfängern übernommen haben, die nicht freudigen Herzens an die Schalter treten, denen der Weg zum Amt durch die Arbeitslosigkeit und Not aufgezwungen wird. Solche Beamte können nicht nur Verzweifelte in explosive Handlungen treiben, sie fördern auch die Gegnerschaft gegen den republikanischen Staat, weil sie sich nicht zum Diener des demokratischen Gemeinwesens machen, sondern als gefühllose Bürokraten fungieren.

Gewiß, die Beamten sind an Gesetze, Verordnungen und Ausführungsbestimmungen gebunden. Aber es bleibt genug Spielraum zur individuellen Behandlung des Einzelfalles. Unnötige Härten können und müssen vermieden werden. Eine Kreisstelle des Wohlfahrtsamtes in Frankfurt a. M. verfuhr z. B. nicht richtig gegenüber einem Unterstützungsempfänger, der am 31. Dezember seine Unterstützung nicht abholen konnte, weil ihm ein Sportgenosse, der noch in Arbeit steht, unter beachtlichem Opfermut zehn Ferientage in einem Naturfreundehaus ermöglichte. Die Kreisstelle verfügte, als sich der Unterstützungsempfänger nach seiner Rückkehr meldete, daß auf Grund des Fernseins von Frankfurt die wöchentliche Unterstützung in Höhe von 10 M um 3,40 M (zwei Unterstützungstage) zu kürzen sei. Das mußte nicht sein. Fürsorge soll nicht durch Bürokraten erstiekt werden.

Weit über sechs Millionen Menschen stehen vor den Schaltern der Arbeits- und Wohlfahrtsämter. Wir wollen helfen! Unglückliche, Notleidende und Darbende dürfen nicht durch unbillige Härten und unangemessene Behandlung verärgert und zermürbt werden. Sie sollen den Glauben an sich und die Zukunft nicht verlieren durch verständnislose Büromenschen. Arbeitslose und Wohlfahrtsempfänger haben nicht nur das Recht auf ihre Unterstützung, sondern auch auf eine anständige Behandlung, die den Beigeschmack des Bürokratischen vermissen läßt. Der Ton macht die Musik. Gerade an den Schaltern der Arbeits- und Wohlfahrtsämter wirken freundliche Worte. R. E.

## Rationalisierung und ihre Folgen

J. B. Der eben erschienene Bericht der tschechoslowakischen Gewerbeinspektoren beschäftigt sich eingehend mit den Ergebnissen der Rationalisierung. So wird aus der Eisen- und Metallindustrie berichtet, daß sich in manchen Gießereien durch die Einführung von Elektroöfen und Formmaschinen die Leistung verdreifacht habe, wobei in der Regel gelernte Arbeiter durch ungelernete ersetzt wurden. In den Maschinenfabriken geht man vielfach zur Arbeit am laufenden Band über, wodurch Zeitverluste bei der Produktion fast ganz ausgeschaltet werden. Den Arbeitsvorbereitungen wird große Aufmerksamkeit gewidmet. „Der Arbeiter bekommt sein Arbeitsprogramm auf einer besonderen Karte vorgegeschrieben, gleichzeitig die genaue Zeichnung sowie das notwendige Material und Werkzeug. Auf der Arbeitskarte sind auch die genauen Zeiten angegeben, in welchen das Arbeitsstück beendet sein soll, wodurch der Arbeiter zur größten Arbeitsanspannung gezwungen wird. Gelingt es ihm, die Arbeit rascher herzustellen, als vorgeschrieben, so bekommt er eine besondere Leistungsprämie. Die Arbeitsteilung ist bis zum letzten durchgeführt, so ist beispielsweise in der Brüner Waffenfabrik die Herstellung eines Gewehres in 1200, die Herstellung eines Maschinengewehres in 1700 Einzeloperationen zerlegt. Viele Operationen können von Frauen durchgeführt werden, die hier in erhöhtem Maße die Männer von ihrem Arbeitsplatz verdrängen.“ Eine Nähmaschinenfabrik erzielte durch Automatisierung und Typisierung eine Steigerung der Arbeitsleistung

bis um 40 vH. In einer Rechenmaschinenfabrik wurden die Produktionsmittel verbessert und Leistungsprämien eingeführt, worauf die Herstellungszeit um 35 vH verkürzt wurde. In einer elektrotechnischen Fabrik wurde die Arbeit am laufenden Band eingeführt, die Leistung der hier beschäftigten Frauen stieg sodann bis auf das Siebenfache. „Die Arbeiterinnen müssen sich nun freilich vollständig ihrer Arbeit widmen und dürfen während der Arbeitszeit ihren Platz nicht verlassen, da dies eine Unterbrechung des gesamten Arbeitsprozesses bewirken würde“ — stellt der amtliche Bericht fest. In einer großen Maschinenfabrik wurde eine Schnittmaschine mit elektrischem Lichtbogen eingeführt, mit welcher Eisenblöcke bis zu 400 mm Dicke glatt durchgeschnitten werden

### Aus dem Inhalt

	Seite
Arbeit schaffen und Brot — Der Bürokrat verschlimmert die Not — Rationalisierung und ihre Folgen	43
Wo steckt nur die riesenstarke RGO?	44
Erziehung zur Selbständigkeit — Amerikanisches über Ehescheidung — Eimerhalter	45
Müssen die Beiträge herabgesetzt werden? — Vom Vorstand	46
Reise in die Krise	47
Kurzarbeiter, Bürgersteuer und Lohnsteuererstattung — Die Bedürftigkeitsprüfung in der Krisenfürsorge	48

können. Die Arbeit der bisher daran beteiligten Hobler und Schmiede würde damit überflüssig.

Dies nur einige Beispiele, die sich für alle übrigen Industriezweige beliebig vermehren lassen. Der Bericht begnügt sich nun aber nicht mit der Feststellung dessen, was ist, sondern er versucht auch die sozialen Wirkungen der Rationalisierung zu erfassen. Das Ergebnis ist nichts anderes als eine schwere Anklage gegen das ganze kapitalistische System. Wörtlich wird gesagt, daß „fast alle geschilderten Neueinführungen eine Herabsetzung der Zahl der beschäftigten Arbeiter herbeiführten, den gelehrten Arbeitern die Arbeitsmöglichkeiten rauben...“

„Und so geht aus diesen Beispielen hervor, daß die durchgeführten Maßnahmen in erster Linie den Unternehmern Vorteile bringen, während sie zum mindesten vorläufig auf die allgemeine soziale Lage der Arbeiterschaft in weitgehendem Maße ungünstig einwirken, so daß die unbestreitbaren Vorteile, wie die Beseitigung der mühevollen und oft ungesunden Handarbeit, die Verbesserung der hygienischen und anderer Arbeitsbedingungen, zuweilen auch höherer Verdienst, in keiner Weise aufgewogen werden.“

Überall führte die Rationalisierung zur raschen Ausschaltung von Arbeitern aus dem Produktionsprozeß, ob es sich nun um die Einführung neuer Maschinen zu den verschiedensten Zwecken, um eine neue Organisation der Arbeit oder um die Einführung neuer Lohnsysteme oder um Materialersparnisse handelt. Die so entstehende strukturelle Arbeitslosigkeit wächst in gefährliche Dimensionen, wenn die Rationalisierung — wie es oft geschieht — nur um des Profites willen, ohne Kontrolle und Einfluß der Öffentlichkeit, daher ohne Plan und Beurteilung der vorhandenen Absatzmöglichkeiten, durchgeführt wird, weil dann eine Überproduktion entsteht, welche sich auf dem Wirtschaftsmarkt gefahrvoll auswirken muß.

Nach diesen Feststellungen erklärt das tschechoslowakische Ministerium für soziale Fürsorge, daß es aber gleichwohl mit der Rationalisierung als einer gegebenen Tatsache rechnen müsse, wobei ihm die Aufgabe zukommt, nicht nur die schädlichen Wirkungen zu mildern, sondern ihnen vorzubeugen. Dazu ist in erster Linie eine durchdachte, planmäßige und wirklich wissenschaftliche Arbeitsorganisation notwendig, die auch den menschlichen Faktor in der Produktion respektiert, weil nur dann dem Konsumenten ein billigeres Produkt, dem Arbeiter ein gerechter Anteil an den erzielten Ersparnissen in Form erhöhter Verdienste und günstigerer Arbeitsbedingungen gewährt werden kann, so daß der allgemeine Lebensstand gehoben wird und dem Unternehmer gleichwohl ein entsprechender Gewinn verbleibt. Dabei ist es aber notwendig, die Arbeitsmenge auch auf jene Hunderttausende von Arbeitern aufzuteilen, die infolge der strukturellen Krise um ihre Arbeit gebracht wurden.

Die Schaffung einer Lebensmöglichkeit für diese große Zahl von Arbeitslosen kann nicht ohne eine gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit erfolgen, wobei der Antriebe der Regierung und den gesetzgebenden Körperschaften zukommt. Das Ministerium für Soziale Fürsorge hat seine Pflicht durch die Vorlage des Entwurfes für die gesetzliche vierzigstündige Arbeitswoche bewiesen.

### Arbeitslosigkeit steigt noch weiter

Am 31. Januar zählte man in Deutschland 6 041 000 Arbeitslose. Gegenüber dem 15. Januar ist ein Zustrom von rund 75 000 zu verzeichnen. Während der letzten Berichtsperiode konnte noch eine Zunahme von rund 300 000 verbucht werden. Der Zustrom der Arbeitslosigkeit hat sich also verlangsamt. Vom 15. Dezember bis 31. Dezember 1931 betrug die Zunahme 6 vH, vom 1. bis zum 15. Januar 1932 5,3 vH. In der zweiten Januarhälfte ist eine Zunahme von 1,3 vH zu verzeichnen. Damit hatte die Zahl der Arbeitslosen die Sechsmilliarengrenze überschritten.

Alle Mittel müssen angewandt werden, um einer großen Zahl von Arbeitslosen durch großzügige Arbeitsbeschaffung wieder zu einer Beschäftigung zu verhelfen. Alle Bedenken hiergegen erscheinen gering, wenn man sich der Schwere einer so riesigen Arbeitslosigkeit bewußt wird.

### Die Bergarbeiter für Verstaatlichung des Bergbaus

Der Deutsche Bergbauindustriearbeiter-Verband hielt kürzlich eine Reichskonferenz ab, die zu den besonders schwierigen Verhältnissen im Bergbau Stellung nahm. Aus den Darlegungen des Verbandsvorsitzenden Husemann ging hervor, wie schwer die Bergarbeiter heute zu leiden haben. Trotz der großen Arbeitslosigkeit wurden im Jahre 1931 noch 9,4 Mill. Feierschichten eingelegt. Die Konferenz kam nach einer ausgedehnten Behandlung der verschiedenen Fragen zu der Ansicht, daß eine Verstaatlichung des Bergbaus die einzig richtige Forderung aus dem Ergebnis der Entwicklung sei. In folgender Entscheidung wurde das ausdrücklich festgelegt:

„Der systematische Mißbrauch der wirtschaftlichen und politischen Macht des Privatkapitals im Bergbau ist die entscheidende Ursache für die organisatorischen Unzulänglichkeiten und Mißerfolge in dieser für die Gesamtwirtschaft lebenswichtigen Industrie. Die kapitalistischen Fehler und Mißgriffe der Monopolkonzerne und Syndikate sollen jetzt durch einen mächtigen sozialen Druck auf die Arbeiter und Angestellten überdeckt werden. Damit aber wachsen nur die sozialen Reibungsverhältnisse und der Krisenweg wird verlängert. Die monopolisierte Bergbauwirtschaft bedarf heute mehr denn je der gewerkschaftlichen Lenkung, die in zureichender Weise nur durch Gemeinwesen an den bergbaulichen Gewinnzentralen und Bodenschätzen ermöglicht wird. Die freigewerkschaftlichen Bergarbeiter hatten es für ihre Pflicht, Staat und Allgemeinheit auf die Dringlichkeit und Durchführbarkeit dieser in immer weiteren Kreisen erkannten wirtschaftsorganisatorischen Grundaufgabe ernst hinzuweisen.“

„In einer anderen Entscheidung wurde die Resolution zur Reparationsklausel gefordert. Der Gewerkschaftsleiter Bergarbeiter sagte zu der gleichen Zeit: Der Vorsitzende derselben, Imbusch, bezeichnete bei dieser Gelegenheit die Unternehmung der Schwerindustrie als eine Gefahr für das gesamte deutsche Volk. Damit hat er eine Behauptung aufgestellt, die von der gesamten deutschen Arbeiterschaft geteilt wird. Die Schwerindustrie ist in der Tat der Herd aller Reaktionen und jedes sozialpolitischen Rückschritts.“

# Wo steckt nur die riesenstarke RGO?

Wo sie steckt, die riesenstarke RGO? Diese Frage zeigt, daß ihr die kommunistische Presse nicht leidet. Würdet ihr sie lesen, dann wüßtet ihr, wie mächtig sich die RGO entwickelt hat, wie ihr tagtäglich Tausende aus den freien Gewerkschaften zuströmen, wie begeistert ihren Berufen folgen die Berufe und die Betriebe, die Männer, Frauen und die Kinder, die Reformisten, Christen und Hirsche, die Europäer, Asiaten und Tartaren, kurz alles, was kreucht und fleucht. Ihr würdet weiter wissen, daß die RGO in Deutschland in zweieinhalb Monaten nicht weniger als hundert siegreiche Streiks geführt hat. Und das alles natürlich nur dank der glorreichen revolutionären Führung eben der RGO.

Ihr werdet sagen: Das sind ja alles Ludendorff-Erfolge. Ehe man der kommunistischen Presse die Geschichtchen glaubt, müßte sie uns mal stichhaltig nachweisen, wieviel Leute an jedem dieser Streiks beteiligt waren. Das ist doch sehr wichtig. Denn die Zahl der Betriebe in Landwirtschaft, Industrie, Handel und Verkehr beträgt viele Zehntausende. In welchem Prozentsatz dieser Masse haben RGO-Streiks stattgefunden und welches war ihr Ergebnis? Oder sollten die Millionen Arbeiter in diesen unzähligen Betrieben gar — gegen die RGO gestreikt haben? Hierüber muß man klare Auskunft haben. Ohne diese bleiben die Berichte der kommunistischen Presse blauer Dunst, mit dem man vielleicht Schwachsinnige benebeln kann, aber keinen vernünftigen Arbeiter.

Karl Marx, der kleine Vorläufer des großen Thälmann, prägte das Wort: „Die Vereinigung der Arbeiter ist das erste Erfordernis zu ihrem Sieg.“ Das gilt in der Zeit der Konzentration des Kapitals mehr denn je. Daraus schöpften die umgestülpten Marxisten der KPD den genialen Gedanken, die Vereinigung der Arbeiter sei herbeizuführen auf dem Boden „Roter Einheitsverbände“, geschaffen durch Spaltung der freien Gewerkschaften. Sie hatten nämlich die sensationelle Entdeckung gemacht, daß der größte Teil des deutschen Proletariats nur deshalb nicht organisiert sei, weil die Unorganisierten weit — revolutionärer und klassenbewußter seien als die Organisierten, und es aus diesem Grunde ablehnten, in die freien Gewerkschaften einzutreten, um sich dort das Gehirn verkleistern zu lassen. Also „Organisierung der Unorganisierten“ in revolutionären Einheitsverbänden. Ein gewisser Lenin sagte zwar einmal, die Gründung eigener kommunistischer Gewerkschaften wäre der größte Dienst, den die Kommunisten der Bourgeoisie erweisen könnten. Waren erst einmal die 13 Millionen Unorganisierte organisiert, dann wären die freien Gewerkschaften zur Bedeutungslosigkeit verurteilt. Die Rechnung hatte nur den kleinen Fehler: sie ging nicht auf! Die Unorganisierten waren so scheußlich revolutionär, daß ihnen auch RGO und die Roten Einheitsverbände nicht genügten, trotz lächerlich geringer Beiträge; sie zogen vor, weiterhin unorganisiert zu bleiben. Statt der erhofften Mammutorganisationen blieben die „revolutionären“ Gründungen kümmerliche Zwerggebilde, die wie ein Veilchen im Verborgenen blühen.

Nachdem es sich allmählich herumgesprochen, daß es nichts ist mit dem Wahn, mit Hilfe der organisierten Unorganisierten die freien Gewerkschaften zu überrennen, der Siegesmarsch der „Roten Betriebsräte“ vor dem Arbeitsgericht landete und die Unternehmer vor der RGO nicht ins Mausloch krochen, warf man in Moskau das Steuer wieder einmal anders herum. Das Vollzugsbüro

\*) Damit wird sich nächste Woche ein besonderer Aufsatz beschäftigen.

der Roten Gewerkschaftsinternationale sandte der RGO am 10. Juni 1931 einen Schreibbrief, worin wiederum verstärkte Arbeit an der innergewerkschaftlichen Front befohlen wurde. So nebenbei wurde auch etwas über die Stärke der RGO gesagt: „Wir haben in Deutschland eine Revolutionäre Gewerkschaftsopposition, die bisher etwa 250 000 Mitglieder umfaßt...“ In der Kennzeichnung „etwa 250 000“ offenbart sich die moskowitzische Vorliebe für große Zahlen. In Wirklichkeit sind es weit weniger. Im Hoym-Verlag erschien kürzlich „Die Organisationsarbeit der KPD“, Band 4 der „Bücherei des Parteiarbeiters“ von A. Creutzburg, dem Leiter der Organisationsabteilung der ZK der KPD. Das Buch enthält den Bericht einer gemeinsamen Sitzung des mitteleuropäischen Ländersekretariats und der Organisationsabteilung des EKKI im Frühjahr 1931. Creutzburg gab dort die Mitgliederzahl der RGO mit 106 000 und die der „Roten Einheitsverbände“ mit 30 000 an. Davon sollen 16 000 im „Berliner Einheitsverband der Metallarbeiter“ sein. Die Mitglieder der KPD behaupten: Die RGO und die Einheitsverbände wurden nur ins Leben gerufen, um die aus den freien Gewerkschaften Ausgeschlossenen zusammenfassen zu können. Warum, sagte in dieser Sitzung Pjatnizki-Moskau ganz unverblümt: „Warum wollten wir eigene Verbände gründen? ... um die Reformisten zu schwächen, indem wir die Arbeiter, die in den reformistischen Verbänden organisiert sind, in unsere Verbände überführen... Wir müssen innerhalb der reformistischen Gewerkschaften arbeiten, die reformistischen Gewerkschaften von innen zersetzen und die in ihnen organisierten Arbeiter in unsere Verbände herüberholen.“ (Die Organisationsarbeit der KPD, S. 68.)

Dieser Plan ist gescheitert an dem gesunden Instinkt des organisierten Teiles der Arbeiterklasse, der längst begriffen hat, daß trotz politischer Meinungsverschiedenheiten und ihres in sachlicher Form notwendigen Ausdrucks die Einheit der Gewerkschaftsbewegung unter allen Umständen erhalten bleiben muß eingedenk eines Wortes von Marx: „Die Industrie führt zwei Heeresmassen gegeneinander ins Feld, wovon eine jede in ihren eigenen Reihen zwischen ihren eigenen Truppen wieder eine Schlacht liefert. Die Heeresmasse, unter deren Truppen die geringste Prügelei stattfindet, trägt den Sieg über die entgegenstehende davon.“

Bemerkenswert ist die Feststellung, daß die RGO keine Streikunterstützung zählt an ihre Mitglieder, und so was, obwohl man kreischend von den Gewerkschaften fordert, sie müßten die Unorganisierten bei Lohnkämpfen unterstützen. Um das Bild zu vervollständigen noch einige Angaben, die gemacht wurden über das organisatorische Verhältnis in Betrieben, die man mit Vorliebe als „Rote Sturmburgen“ bezeichnet. Im Leunawerk mit einer Belegschaft von 10 000 Mann zählt die KPD-Zelle 40 Mitglieder und die der RGO 55; bei Krupp in Essen mit 21 000 Mann Belegschaft hat die KPD-Zelle 90 Mitglieder und die RGO 86; bei Thyssen-Hamborn mit 5000 Mann Belegschaft hat die KPD-Zelle 52 und die RGO 80 Mitglieder.

Das ist die offizielle Bilanz der im Jahre 1928 mit großem Tamtam eingeleiteten Wendung in der kommunistischen Gewerkschaftstaktik, die die kapitalistische Welt aus den Angeln heben und die freien Gewerkschaften vernichten sollte. Das Ergebnis dieser Bilanz wird am besten zusammengefaßt in folgendem Vers:

„Man sieht nur noch die Trümmer rauchen,  
Der Rest ist nicht mehr zu gebrauchen.“

## Heil der Reaktion!

Letzte Woche berichteten wir hier ausführlich von der Tagung der Schwerindustrie in der feinsten Futterstätte Düsseldorf. Es werden mehr Einzelheiten von diesem Stalldichein der Profitgenossen und ihrem Profitsicherer Hitler bekannt. Als Hitler seine große Rede an seine Geldgeber beendet hatte, brach bei dem Scharfmacher Thyssen helle Begeisterung aus. Thyssen erklärte: „Schon einmal habe ein Nichtpreuße Preußen befreit. Er hoffe, daß es wieder einem Nichtpreußen gelingen werde. In diesem Sinne: Heil Hitler!“

Eine so außergewöhnliche Begeisterung hat natürlich einen außergewöhnlichen Grund. In der Tat. Nach der Rheinischen Zeitung (vom 8. Februar), der wir das obige entnommen haben, erklärte Hitler im Rahmen der üblichen nationalen Phrasen, er habe vornehmlich zwei große Ziele im Auge:

- 1. Die Vernichtung sämtlicher Gewerkschaften;
- 2. Die Wiederherstellung aller Rechte der freien Persönlichkeiten des Unternehmertums.

Angesichts dieser großen Ziele Hitler's wird man die wilde Begeisterung Thyssens verstehen. Wird ihm und seinen Artverwandten doch das in sichere Aussicht gestellt, was sie seit Menschengerden vergeblich mit allen Mitteln erstrebt haben: Die Gewerkschaften vernichten — heißt den Arbeitern den Lohn diktieren; die Wiederherstellung aller Rechte der freien Persönlichkeit des Unternehmertums — heißt den berechtigten Herrn im eigenen Haus in seiner alten Herrlichkeit einsetzen. Was das bedeutet, wissen die älteren Arbeiter zur Genüge, die die Zeit persönlich durchlitten, wo der Herr im eigenen Hause ungehindert wüten durfte.

In dem Wettlauf um die Gunst der Profitgenossen scheint der Stahlhuhnführer Seldte dem Oaf den Rang ablaufen zu



wollen. In einer Rede in Magdeburg erklärte Seldte laut einer Meldung des genannten rheinischen Blattes (vom 8. Februar): „Bürger ist der, der in (kommenden) Deutschland arbeitet und schafft. Der soll eine Stimme haben. Und wer über eine solche treue Berufsarbeit hinaus noch freiwillig sich zeitweilig in den Dienst des Staates stellt, der erhalte den Titel Staatsbürger und damit eine zweite Wahlstimme. Wer aber als freier Mann sich selbst und mit seiner Existenz und seiner Waffe bis in die hohen Mannesjahre hinein wehrwillig und wehrfähig dem Lande zur Verfügung stellt, der erhalte in unserm Reich den Rang und Titel eines Wehrbürgers und eine dritte Stimme, um seiner Person und seinem wertvollen Worte Ausdruck und Gewicht in den entscheidenden Fragen des Vaterlandes geben zu können.“

Das ist das berühmte Dreiklassenwahlrecht in etwas anderem Aufguß. Es sollen nach Seldte nicht mehr die Leute mit großem Geldsack drei Stimmen erhalten, sondern der Wehrbürger, der Mann mit einem Säbel, einem langen natürlich. Daß vor diesem Dreistimmigkeit das ordinäre Bürgerpack strammzustehen hat wie vor dem seligen Leutnant, ist selbstverständlich. Wir sehen, daß das, was Wilhelm von Doorn vergeblich erstrebte, nämlich ein herrlichen Zeiten entgegenzuführen, hat sich jetzt Seldte, der Fabrikant von Selterwasser und Likör, in den Kopf gesetzt. Es wird hiermit aufs neue bewiesen, daß alle Erfahrungen der Geschichte umsonst sind.

### Der Abschluß des Siemens-Konzerns

Als erster Großkonzern der Elektrotechnik veröffentlicht Siemens seinen Geschäftsbericht. Der Umsatz der Firma Siemens & Halske und der der Siemens-Schuckert-Werke betrug zusammen im letzten Geschäftsjahr 631 Mill. M gegen 800 und 850 Mill. M in den beiden vorangegangenen Geschäftsjahren. Die Gesamtbelegschaft des Siemens-Konzerns im In- und Ausland betrug am Schlusse des Geschäftsjahres 99 000. Das ist die niedrigste Zahl seit dem Kriege. Der Belegschaftsabbau war viel stärker als der Umsatzrückgang. Daraus ergibt sich eine gewaltige Leistungssteigerung. Während bei der Firma S. & H. die Belegschaft um 23 vH abgebaut wurde, ging der Umsatz nur um 5 vH zurück. Trotz der finanziellen Schwierigkeiten vermochte Siemens & Halske noch 9 vH Dividende zu verteilen. Die Aktionäre von den Siemens-Schuckert-Werken gehen leer aus. Den Verhältnissen entsprechend ist der Abschluß des Siemens-Konzerns als günstig zu betrachten.

### Wirtschaftskrise und Selbstmorde

Durchschnittlich nehmen sich in Berlin an einem Tage fünf bis sechs Personen das Leben. Daß jemand nicht ohne Ursache sein Leben wegwirft, ist klar. Die wirtschaftlichen Verhältnisse spielen eine große Rolle. Krise, Arbeitslosigkeit und Selbstmorde stehen miteinander im Zusammenhang. Das beweisen nachstehende Zahlen: In Berlin entfielen auf 10 000 Einwohner 1928 3,48, 1929 3,89, 1930 4,22 und im ersten Halbjahr 1931 4,39 Selbstmorde. Diese Zahlen dürften für sich sprechen.



# Familie und Heim



## Erziehung zur Selbständigkeit

Manche großen Leute messen ihre Kinder immer noch nach altem Maß. Sie sind unglücklich, wenn der Dreivierteljährige noch nicht alleine stehen „will“. Sie quälen ihn und sich mit dem ersten Schritt, sie können es nicht erwarten, daß er auf eigenen Füßen stehen lerne. Wehe aber, wenn das Bürschchen so mit beginnendem Ichbewußtsein anfängt, zu selbständig zu werden; wenn es den verehrlichen Erwachsenen Schwierigkeiten zu machen beginnt. Der kleine Mensch muß es doch aber lernen, in der Welt der Tischdecken und Vasen, die sich die Großen gebaut haben, zu leben! Diese Selbständigkeitsgelüste werden ihm dann alsbald ausgetrieben. „Es“ hat zu gehorchen, Vater und Mutter sind die Obrigkeit, welche Gewalt über „es“ hat. — „Es“ ist etwas Sächliches, ein Stück persönlichen Eigentums, das keinen eigenen Willen zu haben hat. „Eigensinn“ und „Trotz“ werden bedingungslos „gebrochen“; „es“ hat artig zu sein. Das fügsame Kind, das auch das Unbegreifliche widerspruchslos hinnimmt, das nicht mit einem höchst unbequemen „Warum?“ an den Großen herantritt, das ist das Muster der Wohlerzogenheit.

Mit Unerbittlichkeit fordert das tägliche Leben von uns rasche Entschlußkraft, höchste Selbständigkeit. Jedes gesunde Kind wird von diesen Eigenschaften eine ganze Menge mit auf die Welt bringen. Aber wieviel wird durch unsere Erziehung zerschlagen, buchstäblich zerschlagen! Solche Kinder kranken an Schüchternheit, an Trotz; sie werden auch manchmal frech. Als große Menschen neigen sie zu Unentschlossenheit oder sie sind voreilig. Sie sind unselbständig im Urteil geworden; sie lassen sich schon ganz gewohnheitsmäßig etwas vordenenken und sind froh, wenn sie keine Verantwortung zu tragen brauchen und ein anderer für sie denkt. Das Sicheinordnen in die Gemeinschaft liegt ihnen nicht. Dabei muß ja selber mitgedacht werden! Sie ordnen sich lieber u n t e r. Sie sehnen sich gerade jetzt in dieser Zeit nach dem Führer, dem sie gerne ihre Freiheit und ihre Selbständigkeit opfern wollen, wenn er ihnen nur die Mitverantwortung abnimmt, wenn er ihnen das Denken erspart. Diese Sehnsucht nach Unterordnung artet bei Männern geradezu körperlich aus: sie begeistern sich am Stechschritt, sie lassen ihre Augen auf Kommando nach links oder nach rechts spielen, sie „rühren“ sich nur auf Befehl und bewegen sich auch sonst nur mit zackigen Gesten. Und die Frauen, die ihre kurze Freiheit weder zu nutzen verstanden noch überhaupt wissen, was Freiheit ist, die ihm in altgewohnter Unselbständigkeit diese Untertanen an.

Diese Masse Unselbständiger schaut durch die Brille ihrer Zeitungen mit Verachtung und mit anbefohlener Kampfbereitschaft herab auf das vorwärtsstrebende bewußte Proletariat. Ihre geistigen Waffen haben die Feldweibel aus guten Gründen stumpf gemacht, ihre menschlichen Eigenschaften sind abgebrochen oder umgebogen worden. Geistige und wirtschaftliche Selbständigkeit des arbeitenden Menschen erachten sie — auf Befehl — für unangemessen, für anmaßend. Sie wollen gehorchen, kuscheln, strammstehen; sie wollen sich unterordnen und von dort aus aufsehen zu Goldbortenträgern. Sie wollen mal gelobt werden und die Hoffnung haben, selber einmal auch etwas befehlen zu dürfen. Sie sind mit Freuden das lebende Spielzeug abgetakelter Militärs, und damit sind sie die letzten Stützen des sterbenden Kapitalismus.

Gesetzt den Fall, einer ihrer „Gelehrten“ fände es für angebracht, zwecks Erzielung nationaler Tüchtigkeit die Säuglinge wieder wie dermaleinst zu schnüren wie die Postpakete: sie täten es.

Versuchen sie es doch fast ungehindert seit Jahr und Tag, die Schuljugend geistig einzuschüren mit ihren schwarzweißbroten Kordelein, den jugendlichen Tatendrang, den Trieb zur Selbständigkeit einzufangen für ihr heldisch gefärbtes Kriegstum. Sie mißbrauchen den Nachwuchs. Damit die Jugend das nicht merkt, wird sie mit Glanz und Flitter bestochen, begeistert für einen, der ihr „voran“ gehen soll.

Wohin?

Immer im Kreise drehen sich die Armen. Am Zuhause fehlt der Jugend der Halt. Die Familie drängt den Jugendlichen von sich ab: das Maß der elterlichen Sorgen ist zu groß, als daß man die angeleglichen kleinen Sorgen der Kinder sonderlich beachtet. Viele Eltern sind noch in der eingepfropften Voreingenommenheit befangen, daß die heutige Jugend nichts taugt; daß sie von der Schule zu locker gehalten werde, und daß man sie daheim also gar nicht straff genug anfassen könne. Jede eigene Regung des Jungen und des Mädels wird als unerhörte Eigenmächtigkeit hingestellt. („Das hätten wir mal wagen sollen!“) Leicht kommt es zu Familienkrach, wenn der junge Mensch einen selbständigen Gedanken äußert, der den Eltern nicht in den Kram paßt.

Welcher junge Mensch findet heute nach der Schulentlassung Arbeit? Sie bringen also kein Geld nach Hause, sie wollen aber essen und schlafen; sie haben sich also zu fügen! Eine eigene Meinung? Gibts nicht! Die gegenwärtige Generation der Eltern befindet sich in einer begreiflichen Verbitterung: Der junge Mensch will dem zunehmenden Elend nicht tatenlos gegenüberstehen. In ihm drängt alles nach Tun. Die Familie ist zu eng. Hier hat man für ihn kein Verständnis, und außerhalb scheint man geradezu auf ihn zu lauern. Je unselbständiger er im Denken erzogen worden ist, um so leichter wird er zum Opfer von Rattenfängern. Er glaubt

Freiheit zu finden, aber es ist rasselnde Unfreiheit. Wie sollte er denn auch erkennen, was Schein und was Wahrheit ist?

Allerorts sind zwar die Gewerkschaften lebhaft dabei, den Jugendlichen in seiner unfreiwilligen Feierzeit eine Möglichkeit zur Aneignung wissenschaftlicher und praktischer Kenntnisse zu geben, ihnen weiter zu helfen zu geistiger Selbständigkeit. Man kann sie aber doch nicht alle erfassen. Ein Teil der Jugendlichen hält kriegerische „Sport“übungen für wichtiger, ein anderer Teil hat sich verhetzen lassen und betet nach, daß man sie „einfangen“ wolle. Dies ist Ergebnis anezogener Unselbständigkeit. Ein schlecht ernährtes Gehirn läßt sich nur zu bald widerstandslos machen. So kommt es denn hin und wieder zu dem gefährlichen Aufbäumen ungeordneter Kraftreste, die mit Bereitwilligkeit dem zuströmen, der die wenigsten geistigen Anforderungen an sie stellt.

Erziehung zu Selbständigkeit im Denken und Tun, das ist eine Forderung, der sich kein Vater und keine Mutter entziehen darf. Nicht, daß das Kind zügellos, ungehemmt, bedingungslos tun und lassen dürfe, was es wolle. Aber verbietet nicht blindlings anscheinende Dummheiten. Haltet sie nicht für dumm! Gebt ihnen eine Stunde abends länger Licht, daß sie lesen können; gebt ihnen gelegentlich eine Verantwortung; nehmt ihnen nicht ab, was sie selber leisten könnten. Auch Selbständigkeit will geübt sein, sonst rostet sie ein und wird zu Trotz. Im Trotz aber liegt die Wurzel für Stumpfsinn und für hilflosen Radikalismus, der nur die Gewalt kennt und nicht den Fortschritt!

Wir können es uns nicht leisten, daß wir uns hinsetzen und jammern und es bei dem Schimpfen auf die elende Wirtschaftslage bewenden lassen. Das könnte unsern Geldsackleuten so passen. Seufzen, Fluchen und Randalieren ist ihnen noch immer zum besten ausgeschlagen. Wir sind ihnen aber nicht nur zahlenmäßig weit überlegen: wir verfügen über ungemessene, unverbrauchte, nur noch bisher zu wenig geweckte Geisteskräfte! Schlagen wir die nicht tot in unsern Kindern!

Hildegard K.



## Mussolinis Esel

Dieser Tage, so hörte man, wallfahrten wieder einmal einige wohlhabende Stahlhelmer nach Rom, um dem Bedrücker der deutschen Stammesbrüder von Südtirol ihre untertänigste Reverenz zu erweisen.

Sie hatten ihre Uniformen, die sie im Vaterlande ja nur noch innerhalb ihrer vier Wände tragen dürfen, im Koffer mitgebracht und schlüpfen nun wonnebebend hinein.

Mussolini hatte nämlich ihrem inständigen Flehen nachgegeben und dareingewilligt, am Nachmittag ihren Treuschwur entgegenzunehmen. Aber nicht im Regierungspalast, sondern draußen vor den Toren der Ewigen Stadt, im Park seines Landsitzes.

Die Abordnung meldete sich im frischgewaschenen Zustand pünktlich zur Stelle, und nachdem der Duce „Rührt euch!“ gewinkt hatte, begann der Führer, ein gewaltiger Etappenkämpfer des Weltkrieges und Besitzer eines dementsprechend reichhaltigen Klempnerladens, seinen Lobgesang auf den Faschismus herunterzuschmarren.

Er hatte jedoch kaum ein paar Sätze von sich gegeben, da erhob der ganz in der Nähe seiner Verdauung obliegende Esel des Gärtners so laut seine Stimme, daß er diejenige des fremden Gastes glatt überschrie.

„Meine Herren, reden Sie gefälligst einer nach dem andern, sonst verstehe ich keinen!“ schnauzte Mussolini.

## Richard Taubers Kummer

Als Richard Tauber anfang, bekannt zu werden, saß er eines Abends, so wird erzählt, mit seinem Schwarm in einem Gartenlokal seiner Vaterstadt. Sie waren die beiden letzten Gäste; der Mond schien so schön, die Sterne leuchteten so herrlich, Glühwürmchen flogen um das einsame Pärchen herum, und draußen im Grase der Wiese zirpten die Heimchen.

Das junge Mädchen schlang ihre Arme um seinen Hals und fragte schmachtend: „Liebst du mich auch wirklich, du Süßer?“

„Aber, Anuchen, das weißt du doch!“

„Wenn ich ins Wasser falle, wirst du mir auch nachspringen, um mich zu retten?“

„Selbstverständlich, mein Engel!“

„Und wirst du für mich auch durchs Feuer gehen?“

„Liebes Kind“, antwortete der große Richard bekümmert und löste sanft ihre Arme von seinem Hals. „Was du brauchst, ist kein gottbegnadeter Sänger, was du brauchst, ist ein Feuerwehmann!“

Sprachs und begann sein Monokel zu putzen.

Das Kompliment. Ein Professor willt einer schönen Dame ein Kompliment machen: „Sie haben große Ähnlichkeit mit dem Zürcher Hauptbahnhof.“ Erstaunt fragte die Dame: „Wieso?“ — „Nun, Sie haben so regelmäßige Züge.“

Tüchtig. „Heute war ich der einzige, der dem Lehrer antworten konnte.“ — „Was hat er denn gefragt.“ — „Wer die Scheibe im Gang zerschlagen habe.“

## Amerikanisches über Ehescheidung

Von Weare Holbrook

Heute, da sich die Ehescheidung in Amerika immer leichter und rascher durchführen läßt, besteht die Gefahr, daß ein Ehemann leichter aus der Mode kommt als ein Damenhut. Die moderne Witwe der Zukunft wird ihr Fotografielalbum durchblättern und lächelnd zu ihrer Freundin sagen: „Das da ist ein gewisser Roscoe. John hieß er, glaube ich, mit Vornamen. Sieh mal, was für eine gräßliche Krawatte er getragen hat... Und dies hier ist Oliver Smith, mein neunter Mann. Seine Augengläser trug er an einer kleinen Geldkette befestigt. Einfach lächerlich... Und wer ist denn das? ...Ja, jetzt erinnere ich mich... Moneyfield oder Moneyfelt hieß der Bursche. Er war Versicherungsagent oder so etwas ähnliches. Bitte beachte doch einmal seine Hornbrille! Unvorstellbar, daß ich mit so etwas einmal verheiratet gewesen bin. Wirklich unvorstellbar...“

Vielleicht wird das Familienalbum der Zukunft aber ein Lose-Blätter-Buch sein, das nur die jeweils aktuellen Porträts enthält. Oder vielleicht eine Art von Hauptbuch. Denn eine geschiedene Frau bezieht heutzutage nicht selten ihr Einkommen von mehreren Ex-Ehemännern, und es ist von großer Wichtigkeit, daß sie die einzelnen Konten in Ordnung hält, damit nicht der eine oder andere Geselle aus der Unordnung Nutzen zieht. Man denke nur an den Fall der armen kleinen Witwe, die in ihrer rührenden Unachtsamkeit einen ihrer früheren Ehemänner, den das Gericht zur Leistung des Unterhaltes verurteilt hatte, neuerlich heiratete, weil sie glaubte, es mit einem neuen Exemplar zu tun zu haben! Sofort nach der Hochzeit hörte er auf, Unterhaltsbeiträge zu zahlen, und die sorglose Witwe mußte sich um eine zweite Scheidung bemühen, um wieder zu der ihr lieb gewordenen Rente zu gelangen.

Da ist eine bekannte Filmschauspielerin schon vorsichtiger. Sie läßt allen ihren Ehemännern am Tage der Hochzeit Fingerabdrücke abnehmen, die zusammen mit kurzen Personenbeschreibungen in einer Kartothek eingereiht werden, so daß sich derartige Irrtümer nicht ereignen können.

Vielleicht wird es eines Tages so weit sein, daß Scheidungsurteile morgens vom Milchmann zugleich mit der Frühstücksmilch geliefert werden können. Bis dahin freilich müssen die Scheidungsmethoden des amerikanischen Westens genügen. Nach Westen führt der Pfad der amerikanischen Scheidungspioniere, die dem gleichen Ziele zustreben wie ihre Ahnen vor hundert Jahren: Freiheit und Unabhängigkeit. Damals wurde das Land der Mormonen von Männern besiedelt, die glaubten, daß ein Mann auf mehr als eine Frau Anrecht habe, während heute Männer nach Nevada strömen, die da glauben, daß ein Mann auf weniger als eine Frau Anrecht habe.

„Ich wohne in einer kleinen Scheidungskolonie unweit von Reno“, schrieb mir kürzlich ein Freund. „In dem mir benachbarten Hause wohnt ein Ehepaar namens Jesperson. Die beiden kamen 1929 nach Reno, um sich scheiden zu lassen, und sie leben heute wie Philemon und Baucis zusammen. Was uns zusammenhält“, sagt Jesperson, „das ist das Bewußtsein, daß wir uns jeden Augenblick scheiden lassen können. Wir sehen das Gerichtsgebäude von unseren oberen Fenstern aus, und jedesmal, wenn wir uns zu streiten anfangen, schauen wir aus dem Fenster und erinnern uns, daß wir nur so lange zusammen-

leben müssen, wie es uns beliebt.“ Aber das ist ein Ausnahmefall. Im verflossenen Jahr hatten wir 2109 Scheidungen, und wir hoffen, diese Zahl in diesem Jahre zu verdoppeln.“

Nevadas Schlagwort lautet: „Bereue rasch und heirate langsam!“ Und die Belebung der Scheidungsindustrie wirkt sich auf zahlreiche andere Industriezweige wohltätig aus. Damenschneider, Möbelfabrikanten, Teppich-, Tapeten- und Küchengerätehersteller ziehen aus dem Aufblühen des Scheidungswesens Nutzen. Denn, wie oft auch immer ein Mann heiratet, er wird nie zwei Frauen finden, die in bezug auf Wohnungseinrichtung und Führung des Haushaltes den gleichen Geschmack haben. (Übersetzung von Leo Kortens.)

## Eimerhalter

Gefäße mit Wasser sind auf den nie vollkommen feststehenden Leitern eine gefährliche Angelegenheit; andererseits ist es natürlich sehr umständlich, jedesmal von der Leiter herunterzusteigen, um so zu dem Wasser zu gelangen.

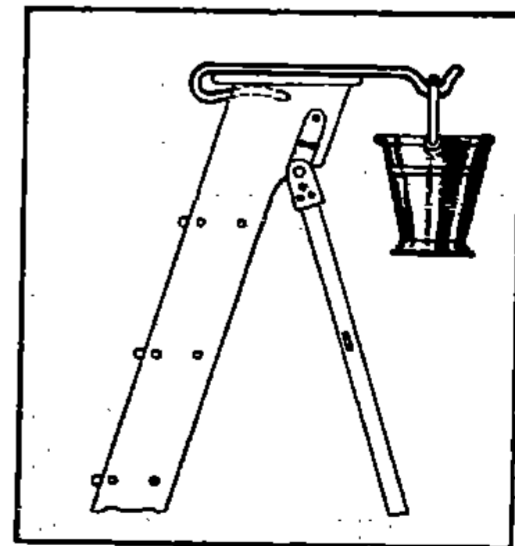
Obwohl auf diesem Gebiet eine große Anzahl Neuerungen angeboten wurden, haben sich alle diese Hilfsmittel nicht recht bewährt. Diese Geräte waren eben nicht so praktisch, wie es für die Arbeitsausführungen im Haushalt notwendig erschien und im Gebrauch oft zu kompliziert für eine Hausfrau. Jetzt ist ein einfacher und billiger Halter für die Befestigung eines Eimers an der Leiter hergestellt worden.

Der Halter ist aus blankem Rundisen hergestellt; zwei parallel nebeneinander laufende Drahtarme sind vorn zu einem Haken ausgebildet, in dem der Griff des Eimerbügels gelagert ist.

und zwar so, daß ein Schaukeln des Eimers in seitlicher Richtung verhindert wird. Die beiden Drahtenden treffen am anderen Ende des Halters wieder zusammen und sind dort sehr zweckmäßig miteinander verdreht. Die besonderen Vorteile dieses praktischen Eimerhalters bestehen darin, daß er stabil genug ist, selbst vollgefüllte Eimer zu tragen, daß diese Last nicht starr, sondern federnd gehalten wird und dadurch selbst beim Rücken der Leiter kein Überschwappen erfolgt.

Obwohl der Halter mit einem Griff abnehmbar ist, kann ein ungewolltes Lösen doch nie erfolgen. Die miteinander verdrehten Enden des Halters fassen soweit unter den Leitertritt, daß schon nach geringem Zurückschieben des Halters das vordere hakenförmige Ende gegen die andere Seite des Trittes stößt und jetzt nur durch Anheben des Halters das Abnehmen möglich ist.

Der Halter kostet 0,50 M. Es erscheint kaum möglich, daß er jemals unbrauchbar wird, aber — er wird jeder Hausfrau Zeit und Mühe sparen. Sennwitz.





# Verbandsleben



## Zum Vorschlag des Vorstandes

### Müssen die Beiträge herabgesetzt werden?

Wir hier im Osten möchten ebenfalls unsere Meinung zu dem Vorschlag des Vorstandes betreffend Herabsetzung der Verbandsbeiträge zum Ausdruck bringen. Wir müssen dem Vorstand voll beipflichten, denn dazu ist ja die Klasseneinteilung da, daß, wenn einem Kollegen der Beitrag in der ersten Klasse zu hoch erscheint, er sich eben eine andre Klasse, seinen Verhältnissen nach, aussucht. Selbstverständlich sind dann auch die Unterstützungssätze der betreffenden Klassen maßgebend. Also sind auch wir für Beibehaltung der bisherigen Beitragssätze.

Was aber der Vorstand übersah und unbehelligt ließ, empfinden wir älteren Kollegen besonders schmerzhaft. Es sind in dem Vorschlag mit keinem Wort die Beiträge der Arbeitslosen, Wohlfahrts- und sonstigen Unterstützungsempfänger bedacht worden. Werden wir denn nicht mehr als vollwertige Kollegen betrachtet? Ich will mich kurz fassen: Ein erwerbsloser Wohlfahrtsempfänger mit Frau und ein Kind erhält nach dem letzten Abbau wöchentlich 12,15 M (hier im Osten) Unterstützung. Ist jemand in der Lage, davon noch 10 Pf. Wochenbeitrag, 30 Pf. Invalidenbeitrag und die Sterbefällebeiträge aufzubringen? Ich für mein Teil habe es bis jetzt leidlich geschafft, aber der größte Teil meiner Leidenskollegen klagt bitter darüber. Ich frage deshalb den Vorstand und den Erweiterten Beirat: Ist hier nicht eine Hilfe von dem Verbandsmitglied, zum mindesten für die älteren Kollegen, die ihre Invaliditätsversicherung beim Verband aufrechterhalten wollen? Ich möchte den Vorstand wie den Erweiterten Beirat ersuchen, darauf zu dringen, daß die Invalidität (wie schon des öfteren beantragt) endlich bei 50 vH Arbeitsunfähigkeit anerkannt wird. Der Verband würde sich der Reichsversicherung gegenüber dadurch, daß er mit gutem Beispiel vorangeht, ein glänzendes Zeugnis ausstellen und von der gesamten Arbeiterklasse als einzig dastehende soziale Einrichtung anerkannt werden, da der heute über 40 Jahre alte Mann sowieso zum alten Eisen gehört.

M. Sch., Eibing.

Angesichts der langanhaltenden schweren Wirtschaftskrise, durch die insbesondere auch die Metallarbeiter stark in Mitleidenschaft gezogen sind, ist es begreiflich, wenn die Kollegen und Kolleginnen nach einem Ausweg suchen, ihre Ausgaben im Haushalt möglichst niedrig zu halten, um das zum Leben dringend Nötige beschaffen zu können. Aus diesem Grunde wird auch das Verlangen nach Herabsetzung der Beiträge entstanden sein. In Nr. 5 der MZ hat nun der Vorstand einen Bericht über die Leistungen der Hauptkasse gegeben und in Anbetracht der großen Notlage, in der sich der größte Teil der Mitglieder befindet, den Vorschlag gemacht, in die nächst niedrige Beitragsklasse überzutreten, andererseits aber die Möglichkeit offenlassen, in einer höheren Klasse weiterzuzahlen.

Es soll also der Freiwilligkeit des einzelnen Mitgliedes überlassen bleiben, in welcher Klasse er zahlen will. Dieser Vorschlag scheint mir der einzig richtige zu sein, weil er den schwerbedrängten Kollegen und Kolleginnen die Möglichkeit gibt, ihre Mitgliedschaft aufrechtzuerhalten. Die Kollegen und Kolleginnen dürfen aber nicht vergessen, daß der Verband eine Kampforganisation ist und daß wir in diesem Frühjahr vor großen wirtschaftlichen Kämpfen stehen werden. Aus diesem Grunde sollte jeder Kollege es sich überlegen, ob er von dem Vorschlag des Vorstandes Gebrauch machen will.

F. T., Stuttgart-U.

Hat sich der Vorstand bei seinem Vorschlag überlegt, wie viele Mark wir dann weniger Einnahmen in der Woche haben? Denn wenn wir alle vom Vorschlag des Vorstandes Gebrauch machen, so haben wir eine Einbuße von etwa 100.000 M in der Woche, wenn man den Durchschnitt von 10 Pf. Beitragssenkung in jeder Klasse vorsieht. Auch muß sich der Erweiterte Beirat darüber schlüssig werden, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um weiteren Lohnabbau zu verhindern. Nachdem durch unsere Regierung mit einem Federstrich 9000 Tarifabkommen durch Notverordnung ungültig gemacht wurden, die am 30. April 1932 ablaufen, und die Industriellen nicht ruhen werden, unsere Löhne noch mehr zu drücken, was wir uns als organisierte Kollegen nicht bieten lassen können, ist uns der Kampf aufgezwungen worden, den wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln führen müssen. In diesem Kampfe werden wir jeden Pfennig brauchen. Folglich ist eine Beitragsermäßigung in der jetzigen Zeit gar nicht angebracht. Kollegen, beherzigt meine Meinung bei einer Abstimmung über die Beitragsermäßigung, damit dem Verband die Kampfkraft erhalten bleibt. Werbt für ihn und haltet ihm die Treue in schwerer Stunde, damit wir wieder Erfolge für uns buchen können und nicht solche Fehlschläge erleiden, wie sie unter der Führung der RGO zu verzeichnen sind.

K. K., Krimmitschau.

Wie der Vorschlag zeigt, hat sich der Vorstand nicht zu einer allgemeinen Herabsetzung der Beiträge entschließen können. Das ist gut so, denn es muß jedem Mitgliede ermöglicht bleiben, in seiner bisherigen Beitragsstufe auch weiterhin zu zahlen. Zudem sind die Bedenken, die einer Beitragssenkung entgegenstehen, schon in der von der Schriftleitung unserer MZ dem Vorschlag des Vorstandes beigegebenen Erläuterung hinreichend gewürdigt worden, brauchen also nicht wiederholt zu werden.

Democh scheint mir der Vorschlag des Vorstandes, der darauf hinausläuft, den unter der Wirtschaftskrise besonders leidenden Mitgliedern zu helfen, nicht weitgehend genug zu sein. Denn durch die Krise besonders hart mitgenommenen Kollegen müßte für die Dauer der Verdienstschmälerung eine noch fühlbarere Erleichterung gewährt werden. Denn es ist doch nicht zu bestreiten, daß große Teile unserer Mitglieder heute mit Wochenverdiensten nach Hause gehen, die kaum zur Bestreitung des notwendigen Unterhalts ausreichen.

Um ein Abspringen unserer Mitglieder in dieser schweren Zeit zu verhindern wäre meines Erachtens zu erwägen, ob diesen Kollegen nicht gestattet werden könnte, sich ihre Beitragsklasse selbst zu wählen, wobei der Wochenbeitrag von 70 Pf. nicht unterschritten werden dürfte. Es würde dieses sicherlich von manchen Kollegen begrüßt werden. Da sich die Gegenleistung der Organisation nach der Beitragsleistung richtet, würden diese Kollegen bei Bestimmung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse ohne Zweifel auch wieder in einer höheren Beitragsstufe stehen, um gegebenenfalls auch ein Anrecht auf höhere Leistungen zu haben.

Ein anderer Weg, den Mitgliedern in dieser Notzeit eine geldliche Entlastung zu verschaffen, wäre eine Herabsetzung der Altersgrenze für die 1. und 2. Beitragsklasse. Und zwar dergestalt, daß die Beitragsleistung von 1,30 M wöchentlich für Gelehrte nach vollendetem 24. Lebensjahre, und von 1 M für Mitglieder von 18 bis zum 24. Lebensjahre sowie für alle

Hilfsarbeiter nach vollendetem 24. Lebensjahre als Kannbeitrag eingeführt würde.

Daß die Ausgaben des Verbandes dadurch keine ungünstige Verschiebung erfahren würden, liegt schon in dem Grundsatz von Leistung und Gegenleistung. Zudem wäre es ja auch jedem Kollegen unbenommen, jederzeit in der 1. Beitragsstufe zu zahlen, sofern es ihm seine Verhältnisse gestatten. Der Leitgedanke unseres Handelns muß sein, unsere Kollegen bei der Stange zu halten und ihnen über die Notzeit hinwegzuhelfen.

K. E.

In dem Vorschlag des Vorstandes vermisste ich das Werbemoment. Es heißt dem Rechnung tragen, was in dem Betriebe für die Werbung und Stärkung des Verbandes notwendig ist. Eine schnelle Anpassung der Beiträge an den jetzigen Stundenlohn ist die Forderung der Betriebsfunktionäre, wenn wir nicht die Kollegen verlieren und außenstehende Kollegen für unseren Verband gewinnen wollen. Da gibt es nur eines: herunter mit dem Beitrag. Ich mache folgenden Vorschlag:

I. Klasse:	1,20 M	einschließlich Invalidenbeitrag
II. "	0,70 M	" "
III. "	0,40 M	" "

Der Ortszuschlag wird ganz gestrichen. Die Arbeitslosenunterstützung bleibt wie bisher. Die Krankenunterstützung wird um 10 vH gekürzt. Reise- und Umzugsunterstützung werden gestrichen. Für Kollegen mit einem Stundenlohn von 1,30 M und darüber wird bei Vollarbeit ein Pflichtbeitrag, alle vier Wochen 0,50 M, erhoben. Die Gehälter der Angestellten werden von 400 M aufwärts um 30 vH gekürzt.

Diese Sparmaßnahmen würden die Herabsetzung der Beiträge auf den Stand, den ich vorschlage, möglich machen, sogar ohne Gefahr für den Kampfvorsatz.

Eine klare und schnelle Lösung in diesem Sinne würde die Betriebsfunktionäre verpflichten, durch Steigerung der Werbetätigkeit für unsere Organisation zu werben, neue Mitglieder, neue Kämpfer zu gewinnen.

O. Sch., Spandau.

## Eine nationalsozialistische Herdfabrik

Im Bereich der Verwaltungsstelle Gevelsberg sind auch verschiedene Herdfabriken. Hier werden auch Böckerherde von der Firma Schwelmer Herdfabrik H. Böcker verkauft. Dieser Betrieb hat heute in der Mehrzahl Arbeiter, die der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei angehören. Böckerherde werden von Nazis hergestellt, weil der Juniorchef dieser Firma der Partei des Hakenkreuzes angehört und mit allen Mitteln es durchsetzt, daß organisierte Arbeiter entlassen werden.

Als Anfang vorigen Jahres nach einem Streik die Arbeit wieder aufgenommen wurde, erklärte dieser Herr: „Die roten Bolschewisten kommen alle raus, dafür kommen unsere Leute (Nazi) in meinen Betrieb.“ 15 Arbeiter, die nach dem Streik befristet eingestellt wurden, kamen nach dem 1. Mai, dem Tag, bis zu welchem keine betriebsfremden Arbeiter eingestellt werden durften, zur Entlassung. Für diese Arbeiter wurden dann Nazis eingestellt. Dann wurden nochmals 18 Arbeiter entlassen, von denen 7 auf Grund des § 84 BRG Klage erhoben, gestützt auf Abs. 1 und 4 des § 84. Die Klagen wurden abgewiesen, weil das Gericht in der Drohung — nichts besonderes erblickte. In der Folge wurde der Vorsitzende des Betriebsrates auf Antrag der Firma seines Postens entbunden, weil er sich gegen die faschistischen Sprünge der Firma gewehrt hatte und darin eine grobliche Verletzung seiner Pflichten als Betriebsrat erblickt wurde.

Durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom Dezember 1931 sollen keine Wahlen zum Betriebsrat in diesem Jahre stattfinden. Die Firma wußte Rat. Ein christliches Mitglied des Betriebsrats wurde bearbeitet, und flugs legte es sein Mandat nieder. Da die vorschriftsmäßige Zahl von Betriebsratsmitgliedern nun nicht mehr vorhanden war, mußten Neuwahlen angeschrieben werden. Die Gewerkschafter stellten gleichfalls wieder eine Liste auf, obwohl sie wußten, daß das ihre Entlassung bedeutete. Am Tage nach der Naziversammlung wurde dann auch allen Kollegen gekündigt, die an der Naziversammlung nicht teilgenommen hatten und in denen man Mitglieder der Gewerkschaften vermutete. Der Herdfabrikant Böcker ging noch weiter. Den gewerkschaftlichen Angestellten wurde erklärt: Wenn ihr eine Liste zum Betriebsrat einreicht, stelle ich den Betrieb still, denn ihr habt ja monatliche Kündigung. Wir teilen dies der Öffentlichkeit mit, damit sie weiß, wie es dort, wo die Herde hergestellt werden, zugeht.

## Zum Roman in der Metallarbeiter-Zeitung

Nun, wo der erste Roman in der MZ abgeschlossen ist, mehren sich die Zuschriften, die einen neuen wünschen. Wir geben eine dieser Zuschriften wieder, weil sie noch in anderer Hinsicht aufschlußreich ist. Das Schreiben lautet:

Als langjähriger Unterkassierer (zehn Jahre) möchte ich euch etwas mitteilen. Ich habe mich sehr gefreut, als ich diese Woche die Metallarbeiter-Zeitung in die Hände bekam, und ich darin las, daß auch andere Unterkassierer die Wahrnehmung gemacht haben, daß der Roman ganz bedeutend gewirkt hat. Ich hatte mir den Vorsatz gefaßt, diese Woche sowieso zu schreiben, nach diesem Roman einen anderen guten folgen zu lassen.

Ihr glaubt es nicht, wie leicht es uns als Unterkassierer trotz der schweren Zeit das Kassieren durch den Roman gemacht worden ist. Ich kann mitteilen, daß die Frauen jede Woche nach der Zeitung wie besessen waren. Die Seite „Familie und Heim“ hat unserer Organisation gute Dienste geleistet. Wenn auch so oft radikale Kollegen behaupten, daß es eine Kampfzeitung sei und solche Sachen in der MZ nichts zu suchen hätten. Als Unterkassierer möchte ich nur mitteilen: Solange die Seite Familie und Heim in der MZ erscheint, haben wir die Frauen schon viel mehr für unsere Bewegung gewonnen. Da wo die Frau für die Organisation gewonnen ist, ist es auch mit dem Manne nicht schlecht bestellt. Ich kann nicht einen Fall

## Vom Vorstand

Telegrammschrift: Metallvorstand Berlin  
Fernsprecher: Dönhoff 6750 — 6753

Mit Sonntag, dem 21. Februar, ist der 9. Wochenbeitrag für die Zeit vom 21. bis 27. Februar 1932 fällig.

Häufig werden Anfragen oder Beschwerden einzelner Mitglieder an den Vorstand gerichtet über Angelegenheiten, die ihre Erledigung leicht durch die zuständige Ortsverwaltung finden können. Meistens ist diesen Zuschriften ein Ausweis über die Mitgliedschaft nicht beigelegt, der unbedingt erforderlich ist, wenn auf eine Beantwortung gerechnet wird. Die Mitglieder sollen sich stets zunächst an die Ortsverwaltung wenden.

## Zur Beachtung für reisende Mitglieder

Reisende Mitglieder können nur in den im Adressenverzeichnis unter bezeichneten Verwaltungsstellen Reisegeld erheben. Das Aufsuchen der Bevollmächtigten, Kassierer und Vertrauensmänner in den Wohnungen oder Arbeitsstellen durch die Reisenden hat zu unterbleiben.

Ein statutarisches Recht auf Empfang von Lokalgeschenk besteht nicht. Die Auszahlung von Lokalgeschenk durch die Verwaltungsstellen ist freiwillig und nur soweit möglich, als lokale Mittel vorhanden sind. In allen Verwaltungsstellen, wo im Adressenverzeichnis vermerkt ist: „Lokalgeschenk wird nicht bezahlt.“ ist das Aufsuchen des Kassierers, weil zwecklos, zu unterlassen.

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

## Der Verbandsvorstand

nennen, daß ich durch den Roman Schwierigkeiten gehabt habe. Im Gegenteil, mit Freuden würde ich es begrüßen, wenn andere folgten.

Ich möchte natürlich durch meine Zeilen nicht den Gedanken auftauchen lassen, daß die Kassiererei goldig wäre. Als Unterkassierer haben wir Schweres zu leisten. Wenn ich mich die ganzen Jahre nicht so tief in gewerkschaftliche und politische Fragen vertieft hätte, wäre es gar nicht möglich, beharrlich zu wirken, wie ichs heute kann.

Es ist heute wirklich schwer, noch 1,50 M Beitrag von dem wenigen Einkommen abzugeben. Stellt euch vor, wenn ich mal meine Ausgaben an Beiträgen gegenüber meinem Einkommen als Kurzarbeiter (jede Woche einen Tag arbeiten) aufführe, so bringen wir als organisierte Arbeiter einen bedeutenden Idealismus auf. Ich bin Familienvater von 5 Köpfen, habe im ganzen Monat Januar 24,75 M verdient und bekomme jede Woche 12,30 M Kurzarbeiterunterstützung. Das ist ein Monatseinkommen von 73,95 M.

Ausgaben habe ich folgende: Metallarbeiter-Verband 6 M, Sozialdemokratische Partei 1,60 M, Freidenker 0,60 M, Reichsbanner 0,60 M, Arbeiter-Gesangverein 0,60 M, Volksfürsorge 2 M, das sind 11,40 M. Zu diesen 11,40 M will ich noch die 18,25 M Hausmiete zu rechnen. Daraus erseht Ihr, daß zum Leben nicht mehr viel übrig bleibt. So liegt es hier bei uns Arbeitern allen, und wir halten trotzdem treu zur Fahne. Wenn es mit der Arbeitslosigkeit nicht mehr zu lange dauert, wird die Arbeit von uns Unterkassierern erfolgreich gewesen sein.

Fr. M., Thale.

## Andreas Schöffler †

In Homburg (Saar) verstarb am 30. Januar 1932 plötzlich unser 1. Bevollmächtigter Kollege Andreas Schöffler. Eine heimtückische Krankheit hat den unermüdeten Kämpfer und treuen Berater zur Strecke gebracht. Zwei Jahrzehnte gehörte er unserem Verbandsrat und kämpfte stets in vorderster Reihe. Von 1919 bis 1923 gehörte er dem Arbeiterausschuß des Homburger Eisenwerkes (Firma Stumm) an und wurde als dessen Vorsitzender im Jahre 1923 gemäßregelt. Aber keine Maßregelung konnte den unerschrockenen Kämpfer davon abhalten, die Fahne des Sozialismus voranzutragen und für eine bessere und schönere Zukunft zu kämpfen. Im besten Mannesalter von 38 Jahren ist er von uns gegangen. Seine letzte Fahrt gestaltete sich zu einer mächtigen Kundgebung, wie sie Homburg noch nie erlebt hat. Alle, die ihn gekannt, gaben ihm die letzte Ehre. Andreas Schöffler ist nicht mehr. Wir alle geloben, in seinem Sinne weiterzuarbeiten bis zum endgültigen Siege der Arbeiterklasse.

Das Banner muß stehn, wenn der Mann auch fällt.

## Der Große Brockhaus

Erschienen ist Band 10. Nun liegt die Hälfte des großen Werkes vor. 20 Bände soll das Handbuch des Wissens fassen, das die 15. völlig neu bearbeitete Auflage von Brockhaus Konversations-Lexikon darstellt. Trotz allen Schwierigkeiten der Zeit ist der Verlag bemüht, das Werk in dem versprochenen Sinne auszuführen. Das Werk ist auf die praktische Verwendbarkeit im täglichen Leben eingestellt. Band 10 umfaßt die Buchstaben Kat bis Kz. Umfangreich und lehrreich ist das Gebiet Krankheit. Für bestimmte Gebiete, wo nicht nur Aufklärung über Symptome und Gegenmittel gewünscht, sondern praktische Hilfe gefordert wird, werden gute Ratschläge erteilt, die durch besondere Umrandung hervorgehoben sind. Wichtig sind die Kartenbeigaben. Das ganze Werk ist mit 220 bunten Hauptkarten und Stadtplänen, zahllosen Neben- und Textkarten versehen, was einem vollständigen Weltatlas gleichkommt. In den Ratschlägen und Erklärungen befließigt sich der Große Brockhaus einer unbestechlichen Sachlichkeit: einer Sachlichkeit, die den unbeirraren Willen zur Gerechtigkeit verrät. So wird das Werk nicht zum Verfechter einer störenden Einseitigkeit, die den heftigen Widerstreit in der Volksmeinung fördern könnte. Der Preis für den Großen Brockhaus ist ermäßigt. Der Einzelband in Ganzleinen gebunden kostet 23,40 M, bei Rückgabe eines alten Lexikons nach den festgesetzten Bedingungen ermäßigt sich der Preis auf 21,15 M. F. A. Brockhaus-Verlag, Leipzig.

Der Weg des Unheils. Von Wilhelm Röpke, Ordentlicher Professor an der Universität Marburg a. L. Preis kartoniert 1,60 M. S. Fischer-Verlag, Berlin. Dieses Buch ist äußerst zeitgemäß. Der Wissenschaftler gibt ein anschauliches Bild von der Entwicklung unserer Nachkriegswirtschaft. Im Mittelpunkt stehen Deutschland und Amerika. Er sieht in der Beseitigung der Reparationen das Mittel zur Befriedung der Welt und den Ausweg aus der Krise. Seine Schrift soll das Material liefern, um diese Störungsfaktoren aus der Weltwirtschaft auszuschalten.

# Reise in die Krise

Von Fritz Kummer

## Ordentliche Unordnung in Holland

Gemächlich fährt der Zug über die holländische Grenze weiter. In Erwartung des Wahrscheinlichen machen sich die Reisenden für die Zollrevision zurecht. Nach längerem Warten öffnet ein sauber gekleideter Herr die Tür des Abteils. Die Reisenden sehen fragend auf ihn und dann auf ihr Gepäck. Der Herr deutet die Blicke ganz richtig. „Ich komme nur wegen der Pässe“, entschuldigt er sich. Die Pässe werden ihm hingehalten. Er wirft einen flüchtigen Blick darauf, entschuldigt sich nochmals wegen der Störung — und zieht von dannen.

„Na, so was!“ pressen zwei deutsche Untertanen zwischen dem Gehege ihres Kauapparates hervor, „nicht einmal geprüft hat er die Pässe! Wie leicht könnte da einer...“ — Es fallen Bemerkungen über die Nachlässigkeit der holländischen Beamten. Die Abteiltür öffnet sich wieder. „Meine Herrschaften, Sie haben doch nichts zu verzollen?“ fragt es durch die Tür. Natürlich hat niemand dergleichen. — „So, dann danke ich den Herrschaften.“ — Und fort war der holländische Zollrevisor.

Jetzt schütteln alle Wageninsassen die Köpfe. — „Na, die hier machen sich den Dienst aber leicht“, meinte eine Berlinerin, „bei uns dürfte so was nicht vorkommen!“ — Ein anderer Europäer meint, bei solcher Schlamperei der Grenzbeamten könnte ja alles mögliche geschmuggelt werden.

Ja, das könnte allerdings. Es könnten den Holländern billige Waren zugeschleppt und sie dadurch an den Rand des Ruins gebracht werden. Oder die Staatsordnung könnte in Unordnung geraten. An diese gefährlichen Möglichkeiten scheinen die guten Holländer noch gar nicht gedacht zu haben. Andernfalls hätten sie ihren Grenzbeamten eingeschärft, die Reisenden forsch zu behandeln, ihr Gepäck nach Zigarren, Schnaps, Pudermehl und seidenden Schneuztüchern zu durchwühlen. — Wenn die holländischen Grenzbeamten nur wenigstens uniformiert wären, wie die deutschen, oder mit Säbeln bewaffnet wären, wie die französischen! Aber was man hier in Holland antrifft, ist eine ordentliche Unordnung, die unbedingt in Ordnung gebracht werden sollte. Dafür sollte man aus einem Nachbarlande Beamte beziehen. Die haben von ihrer Unteroffizierszeit her den nötigen Schneid, und die wissen, wie man Reisende behandelt, und wissen auch, was man dem Staate und dem Rufe seiner Untertanen schuldig ist.

Und die Unordnung ist in Holland auch noch woanders als an seiner Grenze zu finden. Beim Austritt aus dem Amsterdamer Bahnhof der Königlich Holländischen Staatsbahn schlägt einem dutzendfach: „Lest Het Volk!“ in Flammenschrift entgegen. Die Unordentlichkeit dieser Reklame vermag man erst zu ermessen, wenn man weiß, daß „Het Volk“ die sozialdemokratische Tageszeitung Amsterdam ist. Wenn eine derartige Reklame von einer Staatsregierung geduldet wird, braucht man sich nicht zu wundern, daß die Tagesausgabe dieses sozialdemokratischen Blattes, wie es kürzlich bekanntgab, in einigen Wochen von 100 000 auf 140 000 emporschnellte.

### 34 Mark Arbeitslosenunterstützung die Woche

Noch mehr Anlaß zum Staunen bekommt man jedoch in Holland bei der Betrachtung der Behandlung der Arbeitslosen. Die Wirtschaftskrise wütet auch in diesem verhältnismäßig wenig industriellen Lande. Die Zahl der Arbeitslosen wurde Ende November auf rund 20 vH geschätzt. In der Stadt Rotterdam im besonderen wurde mir zur selben Zeit der Satz der unbeschäftigten Metallarbeiter auf 40 vH angegeben.

Die andauernd hohen Anforderungen an die Gewerkschaftskassen haben diese geleert. Der holländische Staat hält es für seine Pflicht, seine arbeitslosen Bürger einigermaßen auskömmlich zu unterstützen. Er tut das in einer in jedem Betracht klugen Weise. Er macht da einen Unterschied zwischen organisierten und unorganisierten Arbeitslosen. Und zwar zahlt er den organisierten Arbeitslosen wöchentlich 13,50 Gulden, für jedes nicht verdienende Kind 1,50, für das erste arbeitende Kind 2, für das zweite arbeitende Kind 0,50, außerdem einen Zuschlag zur Miete, der bei der niedrigsten Miete am höchsten ist, und oben drein für die sechs Wintermonate je 1 Gulden für Brennstoff. Es bekommt infolgedessen, um ein praktisches Beispiel zu nehmen, ein verheirateter (organisierter) Mann mit drei Kindern und einer Wochenmiete von 6,75 Gulden eine Unterstützung von insgesamt 21 Gulden die Woche, in den Wintermonaten 22 Gulden. Das wären in unserer Währung etwa 34 Mark.

Den organisierten Arbeitslosen wird diese staatliche Unterstützung durch ihre Verbände ausgezahlt. Die unorganisierten dagegen müssen sich wegen der Unterstützung an die öffentliche Wohlfahrt wenden. Ein allgemeingültiger Satz besteht hier nicht; jeder Fall wird mehr individuell behandelt. Als große Regel kann man annehmen, daß die wöchentliche Unterstützung des unorganisierten Arbeitslosen 3 bis 5 Gulden weniger beträgt als die des organisierten.

Bemerkenswert ist, daß die holländische Behörde die organisierten Arbeitslosen den unorganisierten gegenüber vorzieht. Sie gibt damit den Unorganisierten gegenüber zu verstehen, daß es unklug, daß es nachteilig ist, unorganisiert zu sein. Sie belohnt den Arbeiter, der durch den Beitritt zu einer Gewerkschaft für wirtschaftliche Regentage selbst vorsorgt. Und dadurch, daß die holländische Behörde die Gewerkschaften mit der Auszahlung der öffentlichen Unterstützung betraut, bekundet sie ein hohes Vertrauen in die Nützlichkeit und Lauterkeit der Gewerkschaft. Ein Vertrauen, das beide Seiten ehrt. Beide, Staat und Gewerkschaft, gewinnen dadurch beträchtlich an Ansehen.

### Preußerei in England

Hääärrtsch! Hääärrtsch! — Diese Weckrufe wurden durch Schläge an die Kabinettür nachdrücklichst bekräftigt. Sollten wir schon in Harwich (sprich: Härrtsch) angekommen sein? Von den Schiffsschrauben war nichts mehr zu hören und das Meerwasser klatschte nur noch schwach an die Luke. Die Uhr zeigte die sechste Morgenstunde an. Kein Zweifel, wir waren schon in England. Die Fahrt von Hook nach Holland nach Harwich war also ganz unbemerkt vor sich gegangen. Guter Schlaf verkürzt die Reise!

So einfach wie früher ist der Eintritt ins Vereinigte Königreich nicht mehr. Vor dem Kriege konnte jedermann völlig ungehindert einreisen. Kein Handwerksbursche, kein politischer Flüchtling wurde nach Papieren, Reisezweck oder Reisegeld gefragt. Seitdem aber die Engländer den Krieg für die Freiheit der Welt und gegen die Preußerei gewonnen haben, sind sie mit der Preußerei beglückt worden. Sie selbst und erst recht die Ausländer müssen jetzt einen Paß beim Passieren der Grenze besitzen, und bei der Einreise eine Karte, wohl ausgefüllt, abgeben; außerdem werden die Ausländer in den Hotels in besondere Bücher eingetragen. Ganz so russifiziert sind andre westeuropäische Staaten nun nicht. Immerhin aber muß jetzt in allem der Reisende beim Überschreiten der Grenze im Besitze eines Passes sein und der Ankömmling wird zuweilen sehr gründlich geseipelt.

Der Nutzen dieser Errungenschaft des Krieges für die Freiheit der Welt liegt auf der Hand. Mit der Prüfung der Papiere für die Ausstellung eines Passes, mit dessen Ausfertigung, Buchung, Berechnung, Geldeinzahlung und der Kontrolle an den weiten Grenzen können Zehntausende von Beamten beschäftigt werden. Andererseits wird der heißeste Wunsch der Bürokratie, sich dem Bürger gegenüber gewichtig zu machen, erfüllt. Kurz, die Russifizierung bringt einem Rattenschwanz von Bürokräten Zeitvertreib und dem Bürger Schererei und Kosten. So hat jeder, was er braucht.

Den englischen Grenzwächtern scheint außerordentlich viel an Beschäftigung zu liegen, denn sie nehmen es mit der Beschnüfflung der Reisenden sehr genau. Nicht nur die Paßbeamten, auch die Zöllner. Sie durchwühlen das Gepäck der Reisenden recht gründlich. Nach Rauchwaren und Spirituosen wühlen sie besonders. Das wird einem verständlich, wenn man weiß, wie teuer in England Tabak und alkoholische Getränke sind. Warum soll es den Engländern, der zähen Rasse, gestattet sein, sich mit wohlfeilem ausländischen Rauch- und Rauschgift zu vergiften, wenn es mit dem teuren englischen viel leichter geht?

### In der City „Geschäfte wie gewöhnlich“

Auf den Straßen vor der Londoner Liverpool-Station war zu dieser Morgenstunde nichts zu sehen, was auf Geschäftsstockung deuten ließe. Obwohl es ein dicker Nebel noch nicht hatte Tag werden lassen, war der Wagen- und Menschenverkehr geradezu sinnbetäubend. Von den östlichen Vierteln flutete ein gepreßter Strom von Autobussen und Geschäftsleuten in die schmalen Straßen der City. Das ist der geschäftliche Mittelpunkt, das Goldherz des britischen Reiches. Hier ist keine Fabrik, sondern nur Handel und Geldgeschäft. Hier wird nicht gewohnt, sondern nur geschafft. Hier hasten tagtäglich Hunderttausende am Morgen vorbei, am Nachmittag fluehen sie wieder von dannen. Hier ist infolgedessen in den Stunden vor und nach der Bürozeit ein lebensgefährliches Gedränge, das von einer hilfsbereiten Polizei und ausgezeichnet geschulten Wagenführern dünnflüssig gehalten wird.

Daß das Geldgeschäft der hauptsächlichste Gewerbebezirk der City ist, bezeugen die vielen Banken und Bankangestellten. Diese sind im stärksten Menschenstrom leicht zu erkennen. Sie alle sind pikfein gekleidet. Alle, die Bankdirektoren wie ihre Schreiber gehen im schwarzen Cutaway und Zylinderhut einher. Das war immer so. Wer mit dem Goldherz Britanniens



Cardiff

in Verbindung sein will, muß ein hochzeitlich Kleid tragen. Der wichtigste Beruf der City weiß, was er seinem Rufe schuldig ist, zumal jetzt, wo allerhand über das Verblissen des alten Rufes gemunkelt wird, sogar über die Bank von England dumme Gerüchte in der Welt verbreitet werden. Das kann den stolzen Eingeborenen der City nicht angenehm sein. Ich sollte das gleich nach meiner Ankunft in London erfahren.

An der Bank von England ist einer der bewegtesten Verkehrspunkte der Welt. Er zieht den Fremden immer wieder an. Auch ich ging vom Bahnhof geradewegs dorthin, um die kunterbunte Menschen- und Wagenflut zu schauen, die auf dem schmalen Damm zwischen Börse und Bank vorüberströmte. Nach kurzer Zeit des Schauens schob sich kleinschrittweise ein Polizist heran. Er mochte wohl in dem beharlichen Späher einen ratbedürftigen Fremden wittern. Seine Witterung ahndend, kam ich ihm zuvor: „He Sir, ist das da drüben die berühmte Bank von England?“, dabei hinüber auf das verwetterte, fensterlose Gebäude zeigend. „Yes Sir, das ist sie, bekannt so in der ganzen Welt.“ „Danke Sir, sie soll aber jetzt bedenklich wackeln!“ Anstatt einer Antwort drehte mir der uniformierte Citybürger jäh seinen Rücken zu und jagte, wohl um die Tunlichkeit meiner Frage zu kennzeichnen, einen dicken Strahl brauner Brühe aus seiner Tabakschrote in die britische Öffentlichkeit.

Das sollte nur eine Mahnung sein, die garstige Geschichte von der Bank von England sowie das Sinken des Wechselkurses des Pfundes sehr vorsichtig zu berühren. Man wird ohne weiteres glauben, daß das gerade in jenen Tagen tagtägliche Niedersacken des Pfundes den Briten nicht angenehm war, selbst wenn sie davon mit heiterer Ruhe sprachen. Die Befürchtung, daß daraus eine Inflation wenn auch nicht so schlimm wie in Deutschland oder Österreich, werden könne, teilten sie nicht. Wie man das Geldwesen Britanniens mit dem kontinentalen Staaten vergleichen könne! England sei, wenn es wolle, jederzeit in der Lage, das Pfund wieder zu stabilisieren. Die zuversichtlichen Bemerkungen klingen zuweilen aus in ein verächtliches Geklingel über die Anmaßung der Franzosen, die britische Geldmacht meistern zu wollen.

Von einer Inflation ist nun auch in England an den Warenpreisen nichts zu merken. Der amtliche Index weist aber seit der Zeit, wo man von dem Goldstandard abging, eine Erhöhung auf. In dieser Zeit (von September bis Dezember) sank der Wechselkurs des Pfundes um 36 Punkte, während der Großhandelsindex von 99 auf 106, der des Lebensunterhaltes von 145 auf 148 stieg, der Lohnindex jedoch gleich hoch blieb.

### Bei den englischen Hochofenleuten

Halbwegs zwischen London und Edinburg, hart am Meer, liegt Middlesborough, der Sitz des Verbandes der Hochofenleute (National Union of Blastfurnacemen etc.). Schon lange vor der Stadt merkt man, daß hier altes Eisengebiet ist. Das bezeugen nicht nur die absonderlichen Formen mancher Werke, auch die alten Lokomotiven auf den Bahnhöfen von York, Darlington usw. Es sind dies die ersten Maschinen, die hier auf Eisenschienen fauchten. Voriges Jahr, zum hundertjährigen Jubiläum der Bahn, hat man die Veteranen wieder

einmal in den Dienst genommen. Sie sollen noch so wie einst gequalmt und gerattert haben. Amerikaner scheinen nicht in dieses Hinterland zu kommen. Ansonsten ständen diese alten englischen Maschinen längst nicht mehr hier, sondern drüben bei den Yankees, wo sie als unwiderlegliche Zeugen von dem technischen Genie der Amerikaner vorgeführt würden.

Middlesborough ist eine typische englische Fabrikstadt. Auf dem Kontinent findet man schwerlich ihresgleichen. Beim Verlassen des Bahnhofs glaubt man, in einem Vorort gelandet zu sein, und man sucht nach dem Mittelpunkt des städtischen Lebens. Die Eingeborenen bedeuten einem jedoch, daß man mitten drin steht. Die Hauptstraße besteht aus zweistöckigen Läden von dörflicher Ausstattung. Hier und da ein großes Gebäude. Rechts und links von der Hauptstraße enge Reihen verwitterter Backsteinbuden von je vier Meter Front. Ein freundlicher Polizeier weist mich nach dem Hauptquartier der Hochofenleute.

Ihr Verband steht mit seinen 12 500 Mitgliedern etwa an siebenter Stelle unter den 200 Metallarbeiterorganisationen Englands. Außer ihm gibt es in der englischen Schwerindustrie noch den Verband der Eisen- und Stahlarbeiter (Iron and Steel Trades Confederation), der seinen Sitz in London hat und 62 000 Mitglieder zählt. Beide sind, wie man wohl sagen kann, 100prozentige Organisationen, da sie fast alle die Berufskollegen ihres Tätigkeitsbereiches organisiert haben.

Beim Betreten des Büros der Hochofenleute wird man buchstäblich mit offenen Armen empfangen. Die Kinder des Sekretärs, des leutseligen McKenna, und zwei Hilfsarbeiter besorgen die Büroarbeit. Hier scheint Verbandssache Ehrensache eines jeden Helfers zu sein. Man bekommt gleich das Gefühl, zu einer innig verbundenen Familie zu gehören. Ihr Haupt kam auch bald heim und ließ seiner Freude über den seltenen Besuch freien Lauf. Der Besichtigung von Eisenhütten stünde selbstverständlich nichts im Wege.

Schon vor dem Werke, das wir zuerst besichtigten, wurde man gewahr, daß die Krise hier stark wütet. Mehr als die Hälfte liegt tot da. Und noch beängstigender sind die Krisenzeichen in dem Eisenbezirk südlich von Glasgow. Von den 356 Hochofen Englands waren im Dezember nur 70 im Gange, von den Eisenarbeitern 45 vH unbeschäftigt.

Die technische Einrichtung des Werkes ist nicht auf der Höhe der deutschen. So geschieht die Einfüllung der Chargen für den Hochofen noch mit der Hand. Als ich etwas verwundert die Arbeiter beim Einschaulen von Erz, Koks und Kalkstein betrachtete, meinte der uns begleitende Betriebsleiter: „Ich weiß wohl, daß das bei Ihnen in Deutschland jetzt alles mechanisch geschieht. Wir wollten das hier vor zwei Jahren auch so einrichten. Allein, die Berechnung ergab, daß das hierfür nötige Kapital uns fast ebensoviel kostet wie die Handarbeit. Wir ziehen es daher vor, unsern Leuten Arbeit und Brot zu geben. Der Sekretär der Gewerkschaft war derselben Ansicht.“ Auf meinen Einwand, daß dann wohl zu teuer produziert werde und wohl die Löhne gekürzt worden seien, nannte mir der Betriebsleiter Löhne, die höher waren, als ich glauben mochte. Er bat mich daraufhin, mich selbst bei jedem Mann im Werk nach der Bezahlung zu erkundigen. Die Angaben des Betriebsleiters wurden mehr als bestätigt.

Bei der Frage nach dem Lohn erklärte jeder der befragten Arbeiter, daß es seit einiger Zeit schlecht stehe, die Arbeitslosigkeit sei über alle Maßen schlimm, die ausländische Konkurrenz sei arg und die Preise sehr gedrückt. — Na, was sie denn bei diesen schlechten Zeiten denn noch verdienen? — Der (erste) Mann am Ofen 15 Schilling den Tag (acht Stunden), die Schlackenleute 13½, die Helfer am Ofen 10 Schilling; die Leute beim Einschaulen des Erzes usw. für den Hochofen 9 bis 14 Schilling. Ein paar Hofarbeiter, also ungelernete Leute, deren es übrigens wenige gibt, klagten besonders über die Geringfügigkeit der Bezahlung: sie hätten jetzt nur 6½ Schilling für acht Stunden. Die offiziellen Lohnsätze des Gewerkschaftssekretärs weichen nur wenig nach oben oder unten von den genannten Sätzen ab.

Wenn die englischen Eisenarbeiter trotz der entsetzlichen Krise ihre Löhne auf dieser Höhe halten konnten, so ist das vor allem ihrer guten Organisation zu verdanken. Daß sie fast alle organisiert sind, wurde schon betont.

### Die Löhne der englischen Maschinenbauer

Den Maschinenbauern ist es ebenfalls gelungen, seit Jahren ihre Löhne hochzuhalten. Ihr Verband ist mit seinen 120 000 Mitgliedern der stärkste der Metallarbeiter Englands. Er hat das ganze Vereinigte Königreich mit einem Netz von Bezirks- und Ortsbüros überzogen. Hier findet man leicht Funktionäre, deren Kenntnisse weit über die gewerkschaftlichen Obliegenheiten hinausgehen. In der politischen Bewegung stellen diese Gewerkschaftsfunktionäre gleichfalls ihren Mann, was ja in England noch nicht allerwärts selbstverständlich ist. Wenn man mit ihnen die Wahlmiederlage der Arbeiterpartei berührt legen sie mit heilverheißender Freimütigkeit die Schwächen und Fehler der früheren Arbeiterregierung und ihres parlamentarischen Kreises dar. Eine Freimütigkeit, die vielleicht nur vor den Eisenbauern übertroffen wird. An der geistigen und organisatorischen Umstellung, die die Arbeiterpartei vorzu nehmen hat, nein, schon vornimmt, werden die Maschinenbauer, wie man getrost annehmen kann, sehr regen Anteil haben. Sie sind wie die andern Berufe durch die wirtschaftliche Misere gehalten, die politische Aufrüstung mit allem Nachdruck zu betreiben. Mehr kann hier von dieser überaus wichtigen und in England lebhaft erörterten Sache nicht angeführt werden.

Unter der Arbeitslosigkeit leiden die Maschinenbauer gleichfalls sehr stark, wenn auch räumlich in verschiedenem Grade. In Cardiff sind von den Schiffsreparateuren 35 vH unbeschäftigt, von den Handwerkern der (benachbarten südwaliser) Stahlwerke 70 vH. Zwischen diesen beiden Sätzen schwankt die Arbeitslosigkeit der Maschinenbauer von Ort zu Ort. Als wöchentliche Arbeitszeit gelten durch die Bank 47 Stunden. Hierfür beträgt der Lohn in der Schiffsreparatur usw. von Cardiff (Südwalles) 65 Schilling nebst einem wöchentlichen Zuschlag von 3¼ Schilling. In der Stahlindustrie dieses Bezirks bekommen die Maschinenbauer 67½ Schilling, in Glasgow (Schottland) 58 Schilling, im Akkord 25 vH mehr, für Überzeitarbeit 50 vH über den normalen Lohnsatz. In London schwankt der Wochenlohn zwischen 58 und 63 Schilling (der letztere Satz wird nur gelernten Leuten, die außerhalb Londons schaffen, gewährt), und der Mehrverdienst für Akkord beträgt ebenfalls 25 vH. Mit diesen von verschiedenen Bezirken stammenden Zahlen kann es sein Bewenden haben, daß sie die allgemeine Regel bilden. Die Angaben mögen für einen Vergleich mit unseren eigenen Löhnen genügen.

(Wird fortgesetzt)

# Prüfen Sie, ob

der Geschmacks-Unterschied zwischen **CLUB 3** und einer beliebigen 5-Pfennig-Zigarette so gross ist, dass ein Mehrpreis von  $1\frac{1}{2}$  Pfg. wirklich gerechtfertigt ist!



## Kurzarbeiter, Bürgersteuer und Lohnsteuererstattung Ein Erfolg der Gewerkschaften

Über die Abstellung der unerträglichen Härten, die bei der Erhebung der Bürgersteuer und infolge der Aufhebung der Lohnsteuererstattungen entstanden sind, fand eine Besprechung zwischen Reichsfinanzminister Dietrich, den Vertretern des ADGB, des AFA-Bundes und der übrigen gewerkschaftlichen Spitzenverbände statt, dem Reichstagsabgeordneten Dr. Hertz (Soz.), Ersing und Gerig (Zentr.) statt. Die Vertreter der Parteien und der Gewerkschaften brachten noch einmal die ungeheuerlichen unsozialen Folgen der Bürgersteuer und die Aufhebung der Lohnsteuererstattung zur Sprache.

Bei der Bürgersteuer haben sich diese Härten vor allem bei den Kurzarbeitern ergeben, die in sehr vielen Fällen weniger verdienen als die Arbeitslosenunterstützung beträgt, deren Lohn ja sogar oftmals unter die Reichssätze der Wohlfahrtsunterstützung sinkt. An Hand vieler Einzelbeispiele wurde dem Minister nachgewiesen, daß bei sehr vielen Kurzarbeitern die heutige Form der Bürgersteuererhebung dahin führt, daß ein Lohnempfänger erst Bürgersteuer zahlen und nachher noch eine Unterstützung von der Gemeinde erhalten muß, weil er weniger verdient als die Wohlfahrtsunterstützung ausmacht. Gegenüber diesem widersinnigen Rechtszustand haben schon viele Gemeinden den Weg der Selbsthilfe beschritten und durch Vereinbarung mit den Arbeitgebern oder durch öffentliche Bekanntmachung festgelegt, daß in allen Fällen keine Bürgersteuer gezahlt zu werden braucht, in denen das Einkommen die Richtsätze der Wohlfahrtspflege nicht überschreitet.

Ebenso unerträglich ist die Härte, die sich bei Kurzarbeitern ergibt, die zwar mehr als die Richtsätze verdienen, aber weniger als die Freibeträge der Lohnsteuer ausmachen. Zwar gibt es in der Bürgersteuer die Vorschrift, daß lohnsteuerfreie Arbeiter nur den halben Bürgersteuersatz zu zahlen haben. Aber maßgebend für die Anwendung dieser Vorschrift ist nicht das gegenwärtige Einkommen, sondern das Einkommen im Jahre 1930!

Die Forderungen der gewerkschaftlichen Spitzenverbände zur Bürgersteuer gingen auf völlige Befreiung der lohnsteuerfreien Einkommen von der Bürgersteuer. Als das aussichtslos schien, angesichts der katastrophalen Finanzlage in zahlreichen Gemeinden, forderten sie Änderungen in zwei Richtungen: 1. Völlige Befreiung aller Lohn- und Gehaltsempfänger, die infolge Kurzarbeit oder aus anderen Gründen weniger verdienen, als die Richtsätze der Wohlfahrtspflege betragen, 2. Ermäßigung der Bürgersteuer auf die Hälfte bei allen Lohnsteuerfreien, wobei das Einkommen zur Zeit der Zahlung der Bürgersteuer und nicht das Einkommen von 1930 zugrunde gelegt wird.

Reichsfinanzminister Dietrich erkannte die Berechtigung der beiden Forderungen an und sagte zu: 1. Wegen der Befreiung der Einkommen unter den Wohlfahrtssätzen eine entsprechende Vereinbarung zwischen dem Reichsfinanzministerium und dem Deutschen Städtetag sowie den übrigen kommunalen Spitzenverbänden herbeizuführen, 2. spätestens vom 24. Februar ab bei allen lohnsteuerfreien Arbeitern nur noch den halben Satz der Bürgersteuer zu erheben. Die erforderlichen neuen Durchführungsbestimmungen sollen sofort im Reichsfinanzministerium ausgearbeitet und bereits in den nächsten Tagen dem Reichsrat zur Verabschiedung vorgelegt werden.

In der Frage der Lohnsteuererstattungen wurde von den Gewerkschafts- und Parteirepresentanten grundsätzlich die Forderung erhoben, sämtliche Erstattungen wieder einzuführen. Es wurde aber anerkannt, daß aus technischen und finanziellen Gründen die Durchführung dieser Forderung im vollen Umfang im Augenblick nicht mehr möglich ist. Wenn aber schon die Erstattungen aus Rechtsgründen wegen Verdienstaustfalls nicht sofort wieder eingeführt werden könnten, müßten auf alle Fälle die Erstattungen aus Billigkeitsgründen auf Grund des § 131 der Reichsabgabenordnung wieder in Kraft gesetzt werden. Dieser Billigkeitsparagraf steht den Lohnsteuerzahlern ebenso zu wie den Besitzsteuerzahlern. Es gibt daher nur zwei Wege, entweder die Abänderung dieses Paragraphen allgemein für Besitzende und Lohn- und Gehaltsempfänger aufzuheben, oder ihn aber bei beiden Arten von Steuerpflichtigen gleichmäßig durchzuführen. Gerade die Beseitigung dieser Erstattungen aus Billigkeitsgründen hat zu besonders rigorosen Härten geführt, wie von den Vertretern der Lohn- und Gehaltsempfänger unter Hinweis auf viele Einzelbeispiele nachgewiesen wurde.

Der Reichsfinanzminister hielt es im Augenblick nicht für vertretbar, dieser Forderung zu entsprechen, sagte aber eine nochmalige abschließende Prüfung zu. Eine Sonderregelung soll für diejenigen unständigen Arbeiter angestrebt werden, die nur wenige Tage in der Woche Arbeit haben und Lohnsteuer zahlen müssen, obgleich ihre Löhne die Freibeträge bei der Lohnsteuer bei weitem nicht erreichen. Nach dem Vorbild des Verfahrens bei den Hamburger Hafenarbeitern soll auch für die anderen unständigen Arbeiter versucht werden, ein Abzugsverfahren durchzuführen, das in Zukunft die Überzahlung von Lohnsteuer nach Möglichkeit ausschließt.

Der Kampf um die Wiederherstellung der Erstattungen wird mit aller Energie fortgesetzt. Bei aller Anerkennung der schwierigen finanziellen Lage der Gemeinden muß eine steuerliche Härte beseitigt werden, die in sehr vielen Fällen gerade die Gemeinden zu erhöhten Wohlfahrtsleistungen zwingt.

werden (Gewerkschaftsunterstützungen), ferner Wochenhilfeleistungen, Pflegezulage, Führerhundzulage, Zusatzrente nach dem RVG und Wohlfahrtsunterstützungen.

Versagung der Kru erfolgt, wenn der auszuzahlende Betrag geringer als 0,50 M ist, oder wenn persönliche Verhältnisse des Arbeitslosen die Annahme rechtfertigen, daß er einer Unterstützung nicht bedarf, oder wenn die besonderen Lebensverhältnisse des Unterstützungsortes (z. B. auf dem Lande) dies rechtfertigen. In letzterem Falle muß die Kru jedoch gezahlt werden, wenn sonst die öffentliche Fürsorge in Anspruch genommen werden müßte, auch darf dann durch Kürzung die Kru nicht unter den Betrag sinken, der nach den Richtsätzen des Wohlfahrtsamtes zu zahlen wäre.

Die Nachprüfung des Antrages auf Kru erfolgt durch das Wohlfahrtsamt. Die Entscheidung über die Zahlung und Höhe der Kru liegt jedoch beim Vorsitzenden des Arbeitsamtes.

Der Arbeitslose hat jedoch gegen diese Entscheidung das Recht des Einspruchs beim Spruchausschuß des Arbeitsamtes; der Einspruch muß innerhalb zweier Wochen nach Bekanntgabe der Entscheidung erhoben werden. Willi Pinnecke.

## Aus Sowjetrußland

### Gewerkschaften gegen „Bürokraten“

Wie der Trud (vom 24. Januar 1932) meldet, haben im Auftrage der Arbeiter- und Bauerninspektion 1000 Sturmarbeiter dieser Tage 500 Moskauer Behörden und sonstigen staatlichen Organen „fliegende Besuche“ abgestattet. Diese Revision bezweckte die Bekämpfung des Bürokratismus in den Sowjetbehörden und die Feststellung der „ungeeigneten Elemente“, um eine neue große „Säuberung“ in die Wege zu leiten. Der Trud stellt fest, daß die Gewohnheiten und Methoden der vorrevolutionären Bürokratie in den Sowjetbehörden noch immer sehr lebendig sind.

Diese „fliegenden Besuche“ wurden unangemeldet vorgenommen; die Teilnehmer berichten, daß ihnen auf ihre Fragen von den Behördenleitern und sonstigen Beamten nahezu durchweg unbefriedigende Antworten gegeben wurden. Es wurde festgestellt, daß bei Auskünften Besucher von Sowjetbehörden drei bis vier Stunden warten müssen, Besucher werden von Stockwerk zu Stockwerk gehetzt, eine einfache Auskunft erfordert den Besuch von etwa zehn Amtszimmern und Unterhaltungen mit 15 Beamten. Die Sprechstunden in den Behörden werden niemals eingehalten. Eine Informierung über die Zuständigkeitsverteilung und die Lage der einzelnen Amtszimmer erfolgt nicht.

Die Teilnehmer der Revision knipsten 30 „ausgekochte Bürokraten“. Verschiedentlich wurden die Arbeiter einfach hinausgeschmissen, da man nicht wußte, daß sie von der Arbeiter- und Bauerninspektion kommen. Der Leiter der Hochschulabteilung des Versorgungskommissariats der Sowjetunion, Joffe, der von den Arbeitern als der „König der Bürokraten“ bezeichnet wird, drohte den Arbeitern mit der Polizei. Ein Arbeiter wurde auch verhaftet und als „verdächtiges Individuum“ auf das Revier gebracht.

Im Institut für Schaftzucht wurde festgestellt, daß dort überhaupt keine Sprechstunden abgehalten werden. Aus Kasakstan (Russisch-Mittelasien) eingetroffene kommunistische Jugendbündler versuchen bereits seit fünf Tagen von den zuständigen Beamten des Instituts empfangen zu werden. Beschwerdebücher liegen nirgends aus. Vor den betreffenden Amtszimmern der Behörden stehen manchmal tagelang lange Schlangen von Besuchern. Die einfachen Arbeiter, die an der Revision teilnahmen, wurden nahezu überall hochmütig empfangen. Die Leiter der einzelnen Sowjetbehörden und Organe sind vielfach überhaupt nicht anzutreffen, und wenn sie erscheinen, pflegen sie sich hermetisch in ihren Arbeitszimmern abzuschließen.

## Die Zahl der Nationalsozialistischen Zeitungen

Das „Nationalsozialistische Jahrbuch für 1932“ und private Nachprüfungen ermöglichten es einem Mitarbeiter der „Deutschen Presse“, einen Überblick über den Aufbau des nationalsozialistischen Presseapparats in Deutschland zu geben. Danach bestehen zur Zeit 97 Zeitungen und Zeitschriften. Davon sind: 46 Tageszeitungen, 6 erscheinen halbwochentlich, 38 wöchentlich, 1 halbmonatlich und 5 monatlich erscheinende Gewerkschaftsblätter, die als der nationalsozialistischen Bewegung dienend gezählt werden. Mit den Gewerkschaftsblättern wird seine besondere Bewandnis haben. Immerhin sieht man, daß sich die nationalsozialistische Pest selbst über die Grenzen Deutschlands auszubreiten beginnt.

Neben diesen reichsdeutschen Blättern erscheinen auch solche im Auslande. In Danzig besteht eine Wochenzeitung, in Österreich erscheinen 4 nationalsozialistische Wochenzeitungen. In den deutschen Sudetenländern (Tschechoslowakei) werden 1 Tageszeitung, 1 Halbwochenzeitung und 8 Monatsschriften herausgegeben. Dazu kommen, immer nach der gleichen Quelle, noch 2 halbmonatlich und 5 monatlich erscheinende Gewerkschaftsblätter, die als der nationalsozialistischen Bewegung dienend gezählt werden. Mit den Gewerkschaftsblättern wird seine besondere Bewandnis haben. Immerhin sieht man, daß sich die nationalsozialistische Pest selbst über die Grenzen Deutschlands auszubreiten beginnt.

## Die Bedürftigkeitsprüfung in der Krisenfürsorge

Die Höhe der Krisenunterstützung (Kru), sowie die Vorschriften über die Bedürftigkeitsprüfung werden durch Verordnung und Erlaß des Reichsarbeitsministers vom 23. Oktober 1931 bestimmt.

Dabei ist zu beachten, daß die Arbeitslosenunterstützung (Alo) der Lohnklassen I bis IV in derselben Höhe als Kru gezahlt wird, und daß die Arbeitslosen ohne zuschlagsberechtigten Angehörigen, wie auch aus der Tabelle ersichtlich ist, die jeweils nächstniedrigeren Sätze als solche Arbeitslosen mit Familienzuschlägen erhalten. Für die Zuschlagsempfinger ist die Kru der Lohnklasse VII die höchste, die sie erhalten können, für die Arbeitslosen ohne zuschlagsberechtigten Angehörigen dagegen die Kru der Lohnklasse VI.

Auf die Kru wird ferner Einkommen (Gelegenheitsverdienst, Renten usw.), soweit es 20 M der Unterstützungssätze übersteigt, voll angerechnet.

Ferner erfolgt Anrechnung des Einkommens von im gleichen Haushalt lebenden Ehegatten, Eltern, Großeltern und Kindern. Jedoch bleibt ein Höchstbetrag von netto 20 M je Woche von dem Einkommen eines Angehörigen anrech-

nungsfrei. Dieser Betrag erhöht sich bis zu je weiteren 10 M für den Fall, daß dieser Angehörige auf Grund einer rechtlichen oder auch sittlichen Verpflichtung einen anderen als den Arbeitslosen ganz oder überwiegend unterhält.

Beispiel: Die im Haushalt der Eltern lebende Tochter eines Arbeitslosen verdient netto 25 M in der Woche. Der arbeitslose Vater bezog bislang Alo nach Lohnklasse VI mit Ehefrauentschlag 13,20 M. Die Kru würde nach vorstehender Tabelle, Lohnklasse V, 10,80 M betragen. Da aber der Verdienst der Tochter die anrechnungsfreie Höchstgrenze von 20 M um 5 M übersteigt, sie ihre Mutter weder ganz noch überwiegend unterhält, werden die überschüssigen 5 M dem Vater auf die Kru angerechnet, d. h. er bekommt 5 M weniger, bleiben 5,80 M wöchentliche Kru.

Da diese anrechnungsfreien Beträge von 20 oder 10 M Höchstbeträge sind, liegt es im pflichtgemäßen Ermessen des Vorsitzenden des Arbeitsamtes, unter Umständen niedrigere Sätze als anrechnungsfrei festzusetzen. Ausgenommen von dem anzurechnenden Einkommen sind lediglich Unterstützungen, die auf Grund eigener Vorsorge gegen Arbeitslosigkeit bezogen

### Betrag die Arbeitslosenunterstützung:

Lohnklassen	mit			ohne
	einen	zwei	drei	
IV	9,87	10,92	11,97	8,82
V	10,80	12,15	13,50	9,45
VI	13,20	14,85	16,50	11,55
VII	14,62	16,57	18,52	12,67
VIII	15,75	18,-	20,25	13,50
IX	17,85	20,40	22,95	15,30

### dann beträgt die Krisenunterstützung:

Lohnklassen	mit			ohne
	einen	zwei	drei	
IV	9,85	10,90	11,95	Lohnklasse IV 8,80
V	10,80	12,15	13,50	IV 8,80
V	10,80	12,15	13,50	IV 8,80
VI	13,20	14,85	16,50	V 9,45
VI	13,20	14,85	16,50	V 9,45
VII	14,60	16,55	18,50	VI 11,55

## SCHRIFTENSCHAU

Das neue Volk — der neue Staat. Seinen Ansprüchen von Adolf Grimme, Kultusminister in Preußen. Verlag J. H. W. Dietz Nachf., G. m. b. H., Berlin. Preis 20 Pf. Die Ansprache ist die Forderung der republikanischen Staatsgedanken. Zu nennen ist der Aufruf an die republikanische Jugend, dann die Rede: „Warum gerade Republik?“, „Wissenschaft und Arbeit“ usw.

Englisch mit dem Fliegen. Von I. L. Wulf-Brodsky. Verlag Otto Holtz Nachf., 160 M. In dieser 58 Seiten starken Schrift wird versucht, dem Leser „im Fluge“ das Allernötigste der englischen Sprache beizubringen.

Leichtbau, ein neuartiger Rechenschieber. Preis 160 M, mit Ledertasche 210 M; Hundertjähriger Kalkulator (Rechenschieber), Preis 190 M; Universal-Zeichengerät „Zweck-Lock“, Preis 280 M. Diese drei Geräte, die bei Walter Gabriel, Großschönau i. Sa., zu haben sind, sind alle aus Zelluloid, daher sehr leicht. Die beiden Rechenschieber können, weil nur 14 Zentimeter lang, in der Westentasche getragen werden. Mit dem Zweck-Lock lassen sich erstaunlich viel Kurven, Winkel, Löcher usw. rasch machen. Die drei Geräte stammen von Dr. Seebach.

Wer fasslos u. unruhig ist, ganz billig kann er sich verlagte Preisliste gratis von Walter Gabriel, Berlin SW 24, 247, Lützowstr. 82.

Elektromeister- und Radioschule Prospekt 8 frei. Köln-Wilmersdorf, Wilmersdamer Str. 5 c



Blut- und Hautunreinigkeiten. Prof. Dr. G. Schürer, Erlangen. Die besten die offenkundigsten beiden Hautmittel: reines Jod und Glycerin. Diese beiden Mittel sind immer noch an überflüssig und schädlich. Seine Güte sind aus tiefen Pflegen unter Schaltung aller wirksamen Bestandteile toll gepreßt. Jeder Hautarzt. Preisverteilung mit 10 Pf. 17. - 4 französische Rubel. Durch das Herbaria-Grüntherparadies, Philippburg 8. 304 (Baden) verteilung naturlicher Gemüse- und Glycerinpräparate. Preisverteilung gratis.